

Jahresbericht
zum 30. September 2014.
Deka-EuroGarant Strategie

Ein Investmentfonds gemäß Teil I
des Luxemburger Gesetzes vom 17. Dezember 2010
über Organismen für gemeinsame Anlagen (OGAW).

The logo for Deka Investments is displayed on a red background with a subtle, wavy texture. The word "Deka" is written in a large, bold, white sans-serif font, with a small square icon to its left. Below "Deka", the word "Investments" is written in a smaller, white sans-serif font.

Deka
Investments

Bericht der Geschäftsführung.

Oktober 2014

Sehr geehrte Anlegerinnen, sehr geehrte Anleger,

der vorliegende Jahresbericht informiert Sie über die Entwicklung Ihres Fonds Deka-EuroGarant Strategie für den Zeitraum vom 1. Oktober 2013 bis zum 30. September 2014.

Die Geldpolitik der Notenbanken lieferte den internationalen Kapitalmärkten in den vergangenen zwölf Monaten zahlreiche Impulse. Seit Januar 2014 führt in den USA die Federal Reserve (Fed) ihre monatlichen Anleihe-Ankaufprogramme zur Konjunkturunterstützung sukzessive zurück, während die Europäische Zentralbank (EZB) vor dem Hintergrund der niedrigen Teuerungsraten und schwacher Wirtschaftsdaten weitere expansive Maßnahmenbündel inklusive Zinssenkungen beschloss. Zudem rückten nach der Jahreswende verschiedene Krisenherde verstärkt in das Blickfeld der Anleger. Insbesondere der Konflikt in der Ost-Ukraine ließ Befürchtungen aufkommen, Russland könnte hier eine aktive militärische Rolle einnehmen. Der Westen reagierte mit Sanktionen, denen Gegenaktionen von russischer Seite folgten.

An den Rentenmärkten zogen die Renditen bis Ende Dezember zunächst noch an, danach setzte eine ausgeprägte Gegenbewegung ein. Zum Ende des Berichtszeitraums rentierten 10-jährige Bundesanleihen unter der Marke von 1 Prozent. Bei US-Treasuries war eine große Schwankungsbreite festzustellen, 10-jährige Titel rentierten zum Stichtag mit 2,5 Prozent.

Die Aktienmärkte zeigten sich über weite Strecken in sehr freundlicher Verfassung, in Japan und Europa gab es zwischenzeitlich aber auch deutliche Korrekturphasen. Insgesamt tendierten die Indizes mehrheitlich aufwärts. Die maßvoll gekürzten Liquiditätsmaßnahmen der Fed sowie die Unsicherheit in Osteuropa begrenzten jedoch das Kurspotenzial. Andererseits verlieh die insgesamt weiterhin lockere Geldpolitik der Zentralbanken den Aktienbörsen Auftrieb, sodass u.a. der DAX zwischenzeitlich neue historische Höchststände erreichte. In den USA schlugen kräftige Zuwächse zu Buche.

In diesem Marktumfeld verzeichnete Ihr Fonds Deka-EuroGarant Strategie eine Wertentwicklung von plus 7,2 Prozent. Gerne nehmen wir die Gelegenheit zum Anlass, um Ihnen für das uns entgegengebrachte Vertrauen zu danken.

Ferner möchten wir Sie darauf hinweisen, dass Änderungen der Vertragsbedingungen des Sondervermögens sowie sonstige wichtige Informationen an die Anteilhaber im Internet unter www.deka.de bekannt gemacht werden. Darüber hinaus finden Sie dort ein weitergehendes Informations-Angebot rund um das Thema „Investmentfonds“ sowie monatlich aktuelle Zahlen und Fakten zu Ihren Fonds.

Mit freundlichen Grüßen

Deka International S.A.

Die Geschäftsführung



Holger Hildebrandt



Eugen Lehnertz

Inhalt.

Entwicklung der Kapitalmärkte	5
Tätigkeitsbericht	8
Vermögensaufstellung zum 30. September 2014	10
Anhang	13
BERICHT DES REVISEUR D'ENTREPRISES AGREE	15
Besteuerung der Erträge	17
Informationen der Verwaltung	26
Ihre Partner in der Sparkassen-Finanzgruppe	27

Der Erwerb von Anteilen darf nur auf der Grundlage des aktuellen Verkaufsprospekts, dem der letzte Jahresbericht und gegebenenfalls der letzte Halbjahresbericht beigefügt sind, erfolgen.

Entwicklung der Kapitalmärkte.

Geopolitische Herausforderungen

Die Kapitalmärkte erwiesen sich im Betrachtungszeitraum gegenüber den zahlreichen Belastungsfaktoren und Herausforderungen lange Zeit erstaunlich widerstandsfähig. Mit der Verschärfung der Sanktionen gegen Russland im Zuge des Konflikts in der Ukraine sowie einer wachsenden Anzahl enttäuschender Konjunkturdaten aus Euroland seit dem zweiten Quartal 2014 wuchs jedoch auch die Skepsis mit Blick auf die weitere Entwicklung an den Märkten. Die Inflation im Euroraum sank weiter, Italien musste entgegen den Erwartungen erneut einen Rückgang des Bruttoinlandsprodukts hinnehmen und verbleibt damit in der Rezession, und auch in Deutschland sorgte ein überraschend starker Auftragsrückgang der Industrie für wachsende Zweifel am Durchhaltevermögen des Euroland-Zugpferdes.



In den vergangenen zwölf Monaten reagierten die Finanzmärkte nach wie vor äußerst empfindlich auf den tatsächlichen oder auch nur erwarteten Kurs der weiteren Geldpolitik. Die generöse Liquiditätsversorgung fand zunächst in Form von steigenden Aktienbewertungen, sinkenden Risikoaufschlägen, einer niedrigen Volatilität und umfangreicher Emissionstätigkeit von Unternehmensanleihen ihren Niederschlag – allesamt Ausdruck einer erhöhten Risikobereitschaft der Marktteilnehmer.

Erste Anzeichen einer allmählichen Abkehr von der ultralockeren Geldpolitik – angeführt von dem zum Jahresanfang 2014 begonnenen „Tapering“ der US-Notenbank Fed – sorgten im Zusammenspiel mit der sich zuspitzenden Ukraine-Krise im ersten Quartal 2014 für eine erste größere Korrekturbewegung.

Dennoch bewiesen die Aktienmärkte in der Folge erneut Nehmerqualitäten und verdauten sowohl den Zahlungsausfall Argentiniens weitgehend klaglos als auch die Notrettung der Banco Espírito Santo in Milliardenhöhe durch den portugiesischen Staat.

Allerdings wurde in wachsendem Maße erkennbar, dass aus der russischen Einmischung in der Ukraine neben schwer einzuschätzenden politischen Konsequenzen auch handfeste ökonomische Auswirkungen resultieren. Die Weltbank warnte Russland bereits früh vor einer schweren Rezession angesichts drohender Sanktionen. Nachdem der Westen entsprechende Maßnahmen umgesetzt hatte, folgte von russischer Seite postwendend ein Importverbot für Lebensmittelprodukte nach Russland – zunächst begrenzt für die Dauer von einem Jahr. Auch die Europäische Zentralbank (EZB) verwies in diesem Zusammenhang auf steigende Wachstumsgefahren. Die Folgen der gegenseitigen Sanktionspolitik seien, so führte EZB-Präsident Draghi aus, noch nicht wirklich abzuschätzen. Dennoch hielt er an der grundsätzlichen Einschätzung fest, dass der Euroraum sich weiterhin auf einem moderaten, wenn auch ungleichmäßigen Erholungskurs befindet.

Die sich verschärfenden Krisenherde im Nordirak und Syrien (IS) sowie die militärische Bekämpfung der Hamas im Gazastreifen belasteten im Sommer 2014 zusätzlich das Gesamtbild. Neben diese exogenen Belastungsfaktoren traten im dritten Quartal zunehmend wirtschaftliche Alarmzeichen, beginnend mit der Senkung der Wachstumsprognose des laufenden Jahres für die Weltwirtschaft durch den Internationalen Währungsfonds (IWF). In Euroland stagnierte nach ersten Schätzungen im zweiten Quartal das Bruttoinlandsprodukt (BIP). Im August ist zudem der Gesamteinkaufsmanagerindex (Composite) im Euroraum überraschend stark gesunken und auch das Wirtschaftsvertrauen (Economic Sentiment) hat sich zuletzt verschlechtert. Diese Gemengelage leistete einer scharfen Korrekturbewegung Vorschub, die zwischen Anfang Juli und Mitte August in erster Linie die Aktienmärkte in Euroland unter Druck brachte.

Während Aktien – nicht zuletzt in Ermangelung von Anlagealternativen – die vorangegangenen Kursverluste sukzessive wieder aufholten, intensivierte sich an den Anleihemärkten angesichts der damit einhergehenden wachsenden Risikoaversion die Nachfrage nach sicher erscheinenden Schuldtiteln, wobei insbesondere Bundesanleihen auf reges Anlegerinteresse stießen. In der Folge näherte sich die Rendite 10-jähriger Bundesanleihen der 1-Prozent-Grenze an und unterschritt diese schließlich im August 2014.

Wachsende Aufmerksamkeit richtete die EZB auf die nach wie vor rückläufige Teuerungsrate. Dies rief Investoren auf den Plan, weitere geldpolitische Lockerungen zu fordern, um das Inflationsziel von 2 Prozent mittelfristig zu erreichen. EZB-Präsident Draghi hatte hier bereits im Frühjahr 2014 für größere Klarheit gesorgt und die Umstände für eine etwaige weitere Lockerungsrunde beschrieben. Insbesondere auf eine Beeinträchtigung der expansiven Wirkung der Geldpolitik durch Marktentwicklungen werde die EZB mit der Senkung des Leitzinses und einer Ausweitung der Liquidität am Geldmarkt reagieren. Im Falle einer Verschlechterung des mittelfristigen Inflationsausblicks würde die EZB mit breit angelegten Wertpapierkäufen intervenieren. Im Juni erfolgte dann der erwartete nächste geldpolitische Schritt, der Leitzins erreichte einen neuen Rekordtiefstand. Der EZB-Präsident demonstrierte Entschlossenheit und betonte, man werde auch vor unkonventionellen Maßnahmen nicht zurückschrecken. Anfang September vollzog die EZB dann tatsächlich einen weiteren Zinsschritt und senkte den Leitzins auf 0,05 Prozent.

Die US-Wirtschaft befindet sich weiterhin in einem gesunden Wachstumsumfeld. Begünstigt von einem hohen Beschäftigungsaufbau rutschte die Arbeitslosenquote im September 2014 mit 5,9 Prozent auf den niedrigsten Stand seit dem Sommer 2008. Vor diesem Hintergrund fallen auch die jüngst leicht schwächeren Stimmungsindikatoren von Unternehmensseite kaum ins Gewicht. Nach vorläufigen Angaben stieg das US-Bruttoinlandsprodukt im zweiten Quartal 2014 überraschend deutlich an.

Die Federal Reserve (Fed) begann nach tiefgreifenden geldpolitischen Schritten und umfangreichen Anleiheankaufprogrammen im Januar 2014 mit einer sukzessiven Drosselung ihrer expansiven Stützungsmaßnahmen. Gleichwohl wird der Leitzins so lange auf dem gegenwärtig sehr niedrigen Niveau verbleiben, bis die Wirtschaft wieder sicheren Tritt gefasst hat. Aus geldpolitischer Sicht besteht kein unmittelbarer Handlungsbedarf.

Aktien auf Achterbahnfahrt

Die Kombination aus einem überreichen Liquiditätsangebot, rekordniedrigen Zinsen und fehlenden Anlagealternativen beförderte den Kapitalzufluss in Aktienanlagen. Insbesondere institutionelle Investoren wie Pensionskassen sind auf der Suche nach auskömmlichen Renditen zur Erreichung ihrer langfristigen Anlageziele. Gegenüber den zahlreichen sowohl geopolitischen als auch wirtschaftlichen Stör-

feuern erwiesen sich die Aktienmärkte bis in den Sommer erstaunlich resistent. Das Fehlen von hinreichend rentablen Anlagealternativen spielt hier eine maßgebliche Rolle. Gleichwohl sollte nicht aus dem Blick geraten, dass das entscheidende Kriterium für den langfristigen Trend von Aktienkursen die Entwicklung der Unternehmensgewinne darstellt, die primär vom realen Wirtschaftswachstum getragen werden und zuletzt nicht mit den Kursgewinnen an den Aktienmärkten Schritt halten konnten.



Bis zum Jahresende 2013 wies das Gros der weltweiten Aktienmärkte unter Schwankungen kräftige Kurszuwächse auf. Auch die aufstrebenden Volkswirtschaften stabilisierten sich und verbuchten überwiegend hohe Zugewinne. Im Zuge des militärischen Konflikts in der Ukraine und der Annektierung der Krim durch Russland kam es in der Folge zu einem merklichen Rücksetzer, der einen Teil der Kursgewinne aufzeherte. Ende März wurde Russland kurzerhand aus der Gemeinschaft der G8-Staaten ausgeschlossen und der geplante Gipfel in Sotschi abgesagt. Im Spätsommer belastete neben der Eskalation in der Ukraine und der Verschärfung der Sanktionen gegen Russland auch der israelisch-palästinensische Konflikt die Finanzmärkte. Mit der Expansion der Terror-Truppe Islamischer Staat (IS) nach Westen bis an die türkische Grenze bei Kobane ist der Konflikt bis an die NATO-Grenzen herangerückt.

Die arrivierten Börsenplätze bescherten auf Jahres-sicht dennoch erfreuliche Kurszuwächse. Der Nasdaq Composite führte die Liste mit einem Plus von 19,1 Prozent an. In Deutschland schlug für den DAX, der im Juni ein neues Allzeithoch erreichte und zeitweilig die Marke von 10.000 Indexpunkten

überschritt, ein Zuwachs von 10,2 Prozent zu Buche. Der Dow Jones Industrial Average sowie der marktweite S&P 500 verzeichneten Aufschläge um 12,7 Prozent bzw. 17,3 Prozent. Der EURO STOXX 50 wies ein Plus von 11,5 Prozent aus.

Auch in den durch Sparanstrengungen zu schmerzhafter Haushaltsdisziplin gezwungenen Ländern der Eurozone fiel das Ergebnis an den Börsen äußerst positiv aus. So verbuchte der spanische IBEX 35 ein Plus von 17,9 Prozent und auch Italien wies eine Kurssteigerung um 19,8 Prozent (FTSE MIB) auf. Unter Branchengesichtspunkten belegten im breit gefächerten STOXX 600 die Sektoren Gesundheit, Versorger und Versicherungen die Spitzenplätze.

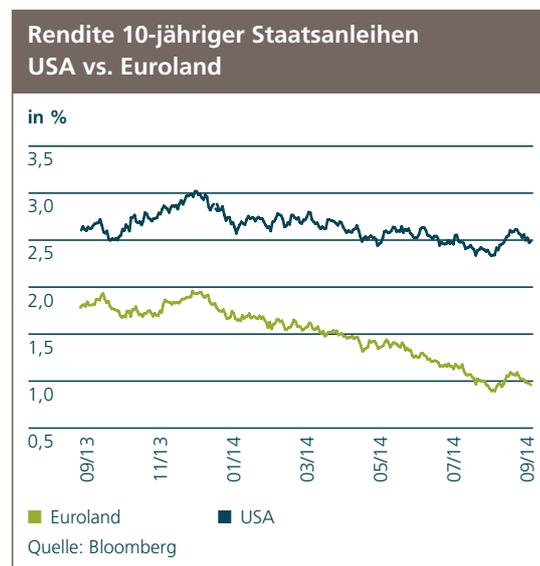
Im Dow Jones dominierte auf Einzeltitelebene der IT-Konzern Intel vor dem Softwareschergewicht Microsoft und dem Medienkonzern Walt Disney. Die Zugewinne lagen zwischen 51,9 Prozent und 38,1 Prozent. Minuszeichen wiesen lediglich McDonalds (minus 1,5 Prozent), Chevron (minus 1,8 Prozent) und United Technologies (minus 2,1 Prozent) aus. In Deutschland (DAX) avancierte die Aktie der Commerzbank mit plus 39,1 Prozent zum Indexprimus. Auf Euroland-Ebene (EURO STOXX 50) glänzten Intesa Sanpaolo und Enel mit Kursaufschlägen von 57,8 Prozent bzw. 48,4 Prozent.

Anleihen im Renditetief

An den Anleihemärkten setzte sich der übergeordnete Trend rückläufiger Renditen fort. Nach einem kurzen Intermezzo im vierten Quartal 2013 fielen die Renditen seit dem Jahresanfang 2014 auf breiter Front. Zuletzt rentierten 10-jährige Euroland-Staatstitel mit 0,9 Prozent (in der Spitze bei knapp 2,0 Prozent Ende Dezember 2013), US-Titel lagen bei 2,5 Prozent (Hochpunkt bei 3,0 Prozent Ende Dezember 2013). Gemessen am eb.rexx Government Germany Overall verzeichneten deutsche Bundesanleihen auf Jahressicht ein beachtliches Plus von 4,6 Prozent.

Während die EZB Anfang September 2014 eine weitere Zinssenkungsrunde einläutete und auch die Bereitschaft zum Ankauf forderungsbesicherter Wertpapiere signalisierte, ist in den USA und Großbritannien angesichts der fortgeschrittenen Konjunkturerholung der Ausstieg aus der ultralockeren Geldpolitik bereits in greifbarer Nähe. Das gegenwärtige Auseinanderdriften der Geldpolitik der großen Notenbanken spiegelt sich bereits in der unterschiedlichen Entwicklung der langfristigen Anleiherenditen in den USA und Euroland wider. Die Schere

der Renditeabstände zwischen US-Treasuries und Bundesanleihen könnte sich indes noch weiter öffnen, sollte die Fed früher und deutlicher als erwartet an der Zinsschraube drehen.



Unternehmensanleihen, Covered Bonds und Asset Backed Securities (ABS) verzeichneten im Berichtszeitraum Spreadeinengungen, wobei das von der EZB Anfang September beschlossene Ankaufprogramm zuletzt eine neue Kaufwelle für gedeckte Anleihen lostrat.

Auf der Währungsseite wertete der Euro bis zum Frühjahr gegenüber dem US-Dollar auf fast 1,40 US-Dollar auf, mit schwächeren Konjunkturdaten und stärkeren US-Zahlen verkehrte sich diese Entwicklung. Zuletzt lag der Euro-Wechselkurs bei 1,26 US-Dollar. Der Ölpreis war seit Juni 2014 stark rückläufig und notierte zuletzt bei 95 US-Dollar für ein Barrel (Brent).

Deka-EuroGarant Strategie

Tätigkeitsbericht.

Das Anlageziel des Fonds Deka-EuroGarant Strategie besteht in der Beteiligung des Anlegers an einer eventuellen Aufwärtsentwicklung der Kurse am Euroland-Aktienmarkt mittels des EURO STOXX 50® RiskControl 12 Excess Return Index* innerhalb von sechsjährigen Investierungszeiträumen. Der erste Investitionszeitraum endet am 29. September 2017. Der Investitionsgrad am Euroland-Aktienmarkt wird durch die zukünftig erwartete Volatilität des Aktienmarkts – gemessen am EURO STOXX 50® Volatility Index (VSTOXX®) – bestimmt und liegt zwischen 0 Prozent und 150 Prozent. Am Ende des ersten Investitionszeitraums wird ein Rücknahmepreis des Fonds in Höhe von 103,50 Euro je Anteil garantiert (entspricht dem Erstausgabepreis). Danach wird jeweils zum Ende eines 6-Jahres-Zeitraums ein Rücknahmepreis des Fonds in Höhe von mindestens 100 Prozent des Anteilwerts bei Beginn des jeweiligen Investierungszeitraums des Fonds garantiert (abzüglich Kosten und Lasten; siehe Verkaufsprospekt).

Spürbarer Wertzuwachs

Der Fonds beendete zum Stichtag das dritte Jahr des aktuellen Investierungszeitraums. Die Anlagen im Deka-EuroGarant Strategie erfolgten überwiegend in Renten guter Anlagequalität (Investment Grade) sowie in Call-Optionen auf den EURO STOXX 50® RiskControl 12 Excess Return Index (Basiswert). Die Call-Optionen sind dabei so konstruiert, dass ihr innerer Wert am Ende der Laufzeit die durchschnittliche Performance des Basiswerts widerspiegelt. Die Durchschnittsbildung erfolgt auf Basis von vierteljährlichen Berechnungsterminen. Zum Stichtag belief sich die Partizipationsrate an der Wertentwicklung des Basiswerts auf 96,1 Prozent.

Das Konzept macht das Management des Fonds unabhängig von der aktuellen Marktentwicklung. Gleichwohl verändert sich der Wert des Fonds mit den übergeordneten Marktbedingungen. Anteile an dem Fonds sind Wertpapiere, deren Preise durch die börsentäglichen Kursschwankungen der im Fonds befindlichen Vermögensgegenstände bestimmt werden und deshalb steigen oder auch fallen können. Die wesentlichen Risiken, die Einfluss auf die Performance haben, sind das Zinsänderungsrisiko und das Aktienmarktrisiko. Ein Teil der Fondspreisentwicklung ist der marktbedingten Bewertung der im Fonds befindlichen Wertpapiere erstklassiger Kontrahenten geschuldet.

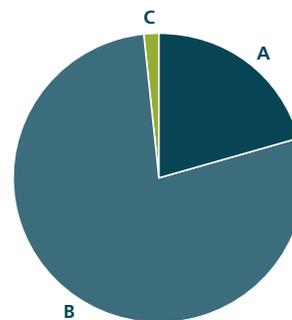
Deka-EuroGarant Strategie verfügte per 30. September 2014 über ein Fondsvolumen von 72,9 Mio. Euro und verzeichnete im Betrachtungszeitraum

Wichtige Kennzahlen Deka-EuroGarant Strategie

	1 Jahr	3 Jahre	seit Auflegung
Performance*	7,2 %	6,8 %	6,8 %
Gesamtkostenquote	0,60 %		
ISIN	LU0656616918		

* p. a./Berechnung nach BVI-Methode, die bisherige Wertentwicklung ist kein verlässlicher Indikator für die künftige Wertentwicklung.

Fondsstruktur Deka-EuroGarant Strategie



A Festverzinsliche Anleihen	20,7 %
B Derivate	77,7 %
C Barreserve, Sonstiges	1,6 %

* EURO STOXX 50® RiskControl 12 Excess Return Index und seine Marken sind geistiges Eigentum der Stoxx Limited, Zürich, Schweiz (der „Lizenzgeber“), welches unter Lizenz gebraucht wird. Die auf dem Index basierenden Finanzinstrumente sind in keiner Weise von dem Lizenzgeber gefördert, herausgegeben, verkauft oder beworben und der Lizenzgeber trägt diesbezüglich keinerlei Haftung.

Deka-EuroGarant Strategie

eine Wertsteigerung um 7,2 Prozent. Der Anteilpreis belief sich zum Stichtag auf 121,88 Euro.



Deka-EuroGarant Strategie

Vermögensaufstellung zum 30. September 2014.

ISIN	Gattungsbezeichnung	Markt	Stück bzw. Anteile bzw. Whg.	Bestand 30.09.2014	Käufe/ Zugänge im Berichtszeitraum	Verkäufe/ Abgänge im Berichtszeitraum	Kurs	Kurswert in EUR	% des Fondsvermögens	
Börsengehandelte Wertpapiere								12.021.150,00	16,49	
Verzinsliche Wertpapiere								12.021.150,00	16,49	
EUR								12.021.150,00	16,49	
DE000A1K02E5	1,7800 % Hamburger Sparkasse AG Pfe. Ausg.5 11/17		EUR	5.000.000	0	0	% 104,540	5.227.000,00	7,17	
DE000A1K0ZX0	1,7200 % Hamburger Sparkasse AG Pfe. Ausg.8 11/17		EUR	1.500.000	0	2.500.000	% 104,360	1.565.400,00	2,15	
DE000A1K0N35	1,7100 % WL BANK AG Westf.Ld.Bodenkred. MTN-Pfe.R.312 11/17		EUR	5.000.000	0	0	% 104,575	5.228.750,00	7,17	
Nichtnotierte Wertpapiere								3.089.340,00	4,24	
Verzinsliche Wertpapiere								3.089.340,00	4,24	
EUR								3.089.340,00	4,24	
DE000A1K0SLO	2,0000 % Stadtparkasse Düsseldorf IHS S.383 11/17		EUR	3.000.000	0	0	% 102,978	3.089.340,00	4,24	
Summe Wertpapiervermögen								EUR	15.110.490,00	20,73
Derivate										
(Bei den mit Minus gekennzeichneten Beständen handelt es sich um verkaufte Positionen.)										
Aktienindex-Derivate										
Forderungen/ Verbindlichkeiten										
Optionsrechte **)										
Optionsrechte auf Aktienindices										
FLEX DJ Euro Stoxx50 Ind.(SX5E) Call Sep. 17 2000		EUREX	Anzahl	24.000			EUR	1.028,485	246.836.400,00	338,54
FLEX DJ Euro Stoxx50 Ind.(SX5E) Call Sep. 17 2100		EUREX	Anzahl	-19.000			EUR	948,025	-180.124.750,00	-247,05
FLEX DJ Euro Stoxx50 Ind.(SX5E) Call Sep. 17 2300		EUREX	Anzahl	-4.000			EUR	795,750	-31.830.000,00	-43,66
FLEX DJ Euro Stoxx50 Ind.(SX5E) Call Sep. 17 2475		EUREX	Anzahl	-1.000			EUR	673,195	-6.731.950,00	-9,23
FLEX DJ Euro Stoxx50 Ind.(SX5E) Put Sep. 17 2000		EUREX	Anzahl	-24.000			EUR	89,960	-21.590.400,00	-29,61
FLEX DJ Euro Stoxx50 Ind.(SX5E) Put Sep. 17 2100		EUREX	Anzahl	19.000			EUR	108,900	20.691.000,00	28,38
FLEX DJ Euro Stoxx50 Ind.(SX5E) Put Sep. 17 2300		EUREX	Anzahl	4.000			EUR	155,430	6.217.200,00	8,53
FLEX DJ Euro Stoxx50 Ind.(SX5E) Put Sep. 17 2475		EUREX	Anzahl	1.000			EUR	206,825	2.068.250,00	2,84
FLEX DJ Euro Stoxx50 Ind.(SX5E) Put Sep. 17 400		EUREX	Anzahl	2.000			EUR	0,020	400,00	0,00
FLEX DJ Euro Stoxx50 Ind.(SX5E) Put Sep. 17 650		EUREX	Anzahl	1.000			EUR	0,580	5.800,00	0,01
OTC DJ Euro Stoxx50 Ind.(SX5E) Call Sep.17 100		OTC	Anzahl	20.000			EUR	2.849,000	56.980.000,00	78,14
OTC DJ Euro Stoxx50 Ind.(SX5E) Call Sep.17 150		OTC	Anzahl	10.000			EUR	2.796,975	27.969.750,00	38,36
OTC DJ Euro Stoxx50 Ind.(SX5E) Call Sep.17 400		OTC	Anzahl	-20.000			EUR	2.554,050	-51.081.000,00	-70,06
OTC DJ Euro Stoxx50 Ind.(SX5E) Call Sep.17 650		OTC	Anzahl	-10.000			EUR	2.305,955	-23.059.550,00	-31,63
OTC DJ Euro Stoxx50 Ind.(SX5E) Put Sep. 17 150		OTC	Anzahl	-10.000			EUR	0,010	-100,00	0,00
OTC DJ Euro Stoxx50 Ind.(SX5E) Put Sep.17 100		OTC	Anzahl	-20.000			EUR	0,010	-200,00	0,00
OTC ESTX 50 Risk Control (OX7D) Call Sep. 17 100		OTC	EUR	5.500.000			%	17,170	944.350,00	1,30
OTC ESTX 50 Risk Control (OX7D) Call Sep. 17 100		OTC	EUR	38.300.000			%	16,730	6.407.590,00	8,79
OTC ESTX 50 Risk Control (OX7D) Call Sep. 17 100		OTC	EUR	11.700.000			%	17,520	2.049.840,00	2,81
OTC ESTX 50 Risk Control (OX7D) Call Sep. 17 100		OTC	EUR	4.000.000			%	17,570	702.800,00	0,96
Summe der Aktienindex-Derivate								EUR	56.455.430,00	77,42
Swaps										
Zinsswaps										
(Erhalten / Zahlen)										
IRS 0,0500% EUR / 12-Monats-Euribor / DGZ_FRA 29.09.2017		OTC	EUR	5.000.000				-51.920,00	-0,07	
IRS 0,0500% EUR / 12-Monats-Euribor / DGZ_FRA 29.09.2017		OTC	EUR	3.000.000				-31.092,32	-0,04	
IRS 12-Monats-Euribor -0,05% / 1,7800% / DGZ_FRA 29.09.2017		OTC	EUR	-5.000.000				-213.103,46	-0,29	
IRS 12-Monats-Euribor -0,05% / 2,0000% / DGZ_FRA 29.09.2017		OTC	EUR	-3.000.000				-147.575,17	-0,20	
Credit Default Swaps (CDS)								630.173,00	0,87	
Protection Seller								630.173,00	0,87	
CDS FRANKREICH622 3i68EE / DGZ_FRA 20.09.2017		OTC	EUR	-2.000.000				-5.852,00	-0,01	
CDS FRANKREICH622 3i68EE / DGZ_FRA 20.09.2017		OTC	EUR	-3.000.000				58.807,00	0,08	
CDS FRANKREICH622 3i68EE / DGZ_FRA 20.09.2017		OTC	EUR	-2.000.000				39.205,00	0,05	
CDS FRANKREICH622 3i68EE / DGZ_FRA 20.09.2017		OTC	EUR	-2.000.000				39.205,00	0,05	
CDS NIEDERLANDE627 NRCDE0 / DGZ_FRA 20.09.2017		OTC	EUR	-3.000.000				4.656,00	0,01	
CDS NIEDERLANDE627 NRCDE0 / DGZ_FRA 20.09.2017		OTC	EUR	-3.000.000				4.656,00	0,01	
CDS NIEDERLANDE627 NRCDE0 / DGZ_FRA 20.09.2017		OTC	EUR	-2.000.000				3.104,00	0,00	
CDS NIEDERLANDE627 NRCDE0 / DGZ_FRA 20.09.2017		OTC	EUR	-2.000.000				3.104,00	0,00	
CDS OESTERREICH1175 0F77EA / DGZ_FRA 20.09.2017		OTC	EUR	-5.000.000				120.822,00	0,17	
CDS OESTERREICH1175 0F77EA / DGZ_FRA 20.09.2017		OTC	EUR	-5.000.000				120.822,00	0,17	
CDS OESTERREICH1175 0F77EA / DGZ_FRA 20.09.2017		OTC	EUR	-3.000.000				72.493,00	0,10	
CDS OESTERREICH1175 0F77EA / DGZ_FRA 20.09.2017		OTC	EUR	-3.000.000				72.493,00	0,10	
CDS OESTERREICH1175 0F77EA / DGZ_FRA 20.09.2017		OTC	EUR	-2.000.000				48.329,00	0,07	
CDS OESTERREICH1175 0F77EA / DGZ_FRA 20.09.2017		OTC	EUR	-2.000.000				48.329,00	0,07	
Summe der Swaps								EUR	186.482,05	0,27
Bankguthaben, Geldmarktpapiere und Geldmarktfonds										
Bankguthaben										
EUR-Guthaben bei der Depotbank										
DekaBank Deutsche Girozentrale Luxembourg S.A.			EUR	1.264.322,91			% 100,000	1.264.322,91	1,73	
Summe der Bankguthaben								EUR	1.264.322,91	1,73
Summe der Bankguthaben, Geldmarktpapiere und Geldmarktfonds								EUR	1.264.322,91	1,73
Sonstige Vermögensgegenstände										
Zinsansprüche			EUR	1.426,30				1.426,30	0,00	
Summe der sonstigen Vermögensgegenstände								EUR	1.426,30	0,00
Sonstige Verbindlichkeiten										
Verwaltungsvergütung			EUR	-25.809,73				-25.809,73	-0,04	
Taxe d'Abonnement			EUR	-9.318,37				-9.318,37	-0,01	
Verbindlichkeiten aus Anteilschneingeschäften			EUR	-63.945,00				-63.945,00	-0,09	
Kostenpauschale			EUR	-9.678,64				-9.678,64	-0,01	
Summe der sonstigen Verbindlichkeiten								EUR	-108.751,74	-0,15

Deka-EuroGarant Strategie

Gattungsbezeichnung	Stück bzw. Anteile bzw. Whg.	Bestand 30.09.2014	Käufe/ Zugänge im Berichtszeitraum	Verkäufe/ Abgänge	Kurs	Kurswert in EUR	% des Fondsvermögens
Fondsvermögen						72.909.399,52	100,00 *)
Umlaufende Anteile					EUR	598.230,000	
Anteilwert					STK	121,88	
Bestand der Wertpapiere am Fondsvermögen (in %)					EUR		20,73
Bestand der Derivate am Fondsvermögen (in %)							77,69

*) Rundungsbedingte Differenzen bei den Prozent-Anteilen sind möglich.

**) Bei Future-Styled Optionsrechten erfolgt die Prämienverrechnung durch tägliche Ausgleichszahlungen (Variation Margin); bei Stock-Styled Optionsrechten erfolgt die Prämienverrechnung bei Geschäftsabschluss. Stock-Styled Optionsrechte fließen mit ihrem Kurswert in das Sondervermögen ein, Future-Styled Optionsrechte mit ihrem unrealisierten Ergebnis.

Zusätzliche Angaben zu den Derivaten **)

Instrumentenart	Kontrahent	Counterparty Exposure in EUR
Optionsrechte auf Aktienindices	Barclays Bank PLC	2.049.840,00
Optionsrechte auf Aktienindices	DekaBank Deutsche Girozentrale	5.898.800,00
Optionsrechte auf Aktienindices	DekaBank Deutsche Girozentrale Luxembourg S.A.	4.910.100,00
Optionsrechte auf Aktienindices	Eurex (Eurex Frankfurt/Eurex Zürich)	35.541.950,00
Optionsrechte auf Aktienindices	Morgan Stanley & Co. International PLC	944.350,00
Optionsrechte auf Aktienindices	The Royal Bank of Scotland PLC	702.800,00
Optionsrechte auf Aktienindices	UBS AG [London Branch]	6.407.590,00
Zinsswaps	DekaBank Deutsche Girozentrale	-443.690,95
Credit Default Swaps	DekaBank Deutsche Girozentrale	630.173,00

**) Zu diesen Geschäften wurden keine Sicherheiten hinterlegt

Wertpapierkurse bzw. Marktsätze

Die Vermögensgegenstände des Sondervermögens sind auf der Grundlage nachstehender Kurse/Marktsätze bewertet:

Ausländische Renten und Derivate per: 30.09.2014

Alle anderen Vermögenswerte per: 30.09.2014

Marktschlüssel

Terminbörsen

EUREX Frankfurt - Eurex Zürich

OTC Over-the-Counter

Deka-EuroGarant Strategie

Entwicklung des Fondsvermögens

Fondsvermögen am Beginn des Geschäftsjahres		EUR	79.412.477,56
Mittelzuflüsse	0,00		
Mittelrückflüsse	-11.851.250,05		
Mittelzuflüsse /-rückflüsse (netto)			-11.851.250,05
Ertragsausgleich			38.843,43
Ordentlicher Aufwandsüberschuss			-142.881,30
Netto realisiertes Ergebnis (inkl. Ertragsausgleich) *)			-7.896.562,62
Nettoveränderung des nicht realisierten Ergebnisses *)			13.348.772,50
Fondsvermögen am Ende des Geschäftsjahres			72.909.399,52

Entwicklung der Anzahl der Anteile im Umlauf

Anzahl des Anteilumlaufs am Beginn des Geschäftsjahres		698.285,000
Anzahl der ausgegebenen Anteile		0,000
Anzahl der zurückgezahlten Anteile		100.055,000
Anzahl des Anteilumlaufs am Ende des Geschäftsjahres		598.230,000

Entwicklung von Fondsvermögen und Anteilwert im 3-Jahresvergleich

Geschäftsjahr	Fondsvermögen am Ende des Geschäftsjahres EUR	Anteilwert EUR	Anteilumlauf Stück
2011	-	-	-
2012	90.645.358,72	107,65	842.036,000
2013	79.412.477,56	113,73	698.285,000
2014	72.909.399,52	121,88	598.230,000

Vergangenheitsbezogene Werte gewähren keine Rückschlüsse für die Zukunft.

Ertrags- und Aufwandsrechnung

für den Zeitraum vom 01.10.2013 bis 30.09.2014 (inkl. Ertragsausgleich)

Erträge	EUR
Wertpapierzinsen	305.525,69
Zinsen aus Liquiditätsanlagen	44,88
Ordentlicher Ertragsausgleich	-22.235,25
Erträge insgesamt	283.335,32

Aufwendungen

Verwaltungsvergütung	306.379,91
Taxe d'Abonnement	37.909,12
Zinsen aus Kreditaufnahmen	0,32
Kostenpauschale (**)	114.892,52
Ordentlicher Aufwandsausgleich	-32.965,25
Aufwendungen insgesamt	426.216,62
Ordentlicher Ertragsüberschuss	-142.881,30

Netto realisiertes Ergebnis *)	-7.846.989,19
Außerordentlicher Ertragsausgleich	-49.573,43
Netto realisiertes Ergebnis (inkl. Ertragsausgleich)	-7.896.562,62

Aufwandsüberschuss

Nettoveränderung des nicht realisierten Ergebnisses *)	-8.039.443,92
Ergebnis des Geschäftsjahres	13.348.772,50
	5.309.328,58

Die vorgenannten Aufwendungen betragen bezogen auf das durchschnittliche Fondsvermögen (Gesamtkostenquote/ laufende Kosten (Ongoing Charges)) 0,60%.

Transaktionskosten im Geschäftsjahr gesamt: 8.000,00 EUR

*) Ergebnis-Zusammensetzung:

Netto realisiertes Ergebnis aus: Wertpapier-, Swap- und Optionsgeschäften
Nettoveränderung des nicht realisierten Ergebnisses aus: Wertpapier-, Swap- und Optionsgeschäften

***) Für das Sondervermögen ist gemäß den Vertragsbedingungen eine an die Verwaltungsgesellschaft abzuführende Kostenpauschale von 0,15 % p.a. vereinbart. Davon entfallen bis zu 0,10 % p.a. auf die Depotbank und bis zu 0,06 % p.a. auf Dritte (Prüfungskosten, Veröffentlichungskosten sowie Sonstige).

Relativer VaR

Bei der Ermittlung des Marktrisikopotenzials wendet die Verwaltungsgesellschaft den **relativen Value at Risk-Ansatz** im Sinne des CSSF-Rundschreibens 11/512 an.

Zusammensetzung des Referenzportfolios:

100% EURO STOXX 50® Net Return Index in EUR

Maximalgrenze: 200,00%

Potenzieller Risikobetrag für das Marktrisiko

kleinster potenzieller Risikobetrag:	19,10%
größter potenzieller Risikobetrag:	41,57%
durchschnittlicher potenzieller Risikobetrag:	28,06%

Die Risikokennzahlen wurden für den Zeitraum vom 1.10.2013 bis 30.9.2014 auf Basis der Methode einer Monte Carlo Simulation berechnet. Der VaR wird mit einem Konfidenzintervall von 99%, einer Haltedauer von 20 Tagen sowie einer Zeitreihe von einem Jahr berechnet.

Die Verwaltungsgesellschaft berechnet die Hebelwirkung in Übereinstimmung mit der Pressemitteilung 12/29 der CSSF v. 31.07.2012 sowohl nach dem Ansatz der Summe der Nominalen („Bruttomethode“) als auch auf Grundlage des Commitment-Ansatzes („Nettomethode“). Anteilinhaber sollten beachten, dass Derivate für verschiedene Zwecke eingesetzt werden können, insbesondere für Absicherungs- und Investmentzwecke. Die Berechnung der Hebelwirkung nach der Bruttomethode unterscheidet nicht zwischen den unterschiedlichen Zielsetzungen des Derivateinsatzes und liefert daher keine Indikation über den Risikogehalt des Fonds. Eine Indikation des Risikogehaltes des Fonds wird dagegen durch die Nettomethode gegeben, da sie auch den Einsatz von Derivaten zu Absicherungszwecken angemessen berücksichtigt.

Hebelwirkung im Geschäftsjahr

(Nettomethode)	(Bruttomethode)
1,2	22,4

Angaben zu Bewertungsverfahren

Aktien / aktienähnliche Genussscheine / Beteiligungen / Investmentanteile

Aktien und aktienähnliche Genussscheine werden grundsätzlich mit dem zuletzt verfügbaren Kurs ihrer Heimatbörse bewertet, sofern die Umsatzvolumina an einer anderen Börse mit gleicher Kursnotierungswährung nicht höher sind. Für Aktien, aktienähnliche Genussscheine und Unternehmensbeteiligungen, welche nicht an einer Börse oder an einem anderen organisierten Markt notiert oder gehandelt werden oder deren Börsenkurs den tatsächlichen Marktwert nicht angemessen widerspiegelt, werden die Verkehrswerte, z.B. Broker-Quotes, zugrunde gelegt, welche sich bei sorgfältiger Einschätzung nach geeigneten Bewertungsmodellen unter Berücksichtigung der aktuellen Marktgegebenheiten ergeben. Investmentanteile werden zum letzten festgestellten und erhältlichen Rücknahmepreis bewertet, sofern dieser aktuell und verlässlich ist. Exchange-traded funds (ETFs) werden mit dem zuletzt verfügbaren Kurs bewertet.

Renten / rentenähnliche Genussscheine / Zertifikate

Die Bewertung von verzinslichen Wertpapieren, rentenähnlichen Genussscheinen und Zertifikaten, welche nicht an einer Börse oder an einem anderen organisierten Markt notiert oder gehandelt werden oder deren Börsenkurs den tatsächlichen Marktwert nicht angemessen widerspiegelt, werden mittels externer Modellkurse, z.B. Broker-Quotes, bewertet. In begründeten Ausnahmefällen werden interne Modellkurse verwendet, die auf marktgängigen Verfahren beruhen.

Bankguthaben

Der Wert von Bankguthaben, Einlagenzertifikaten und ausstehenden Forderungen, Bardividenden und Zinsansprüchen entspricht grundsätzlich dem jeweiligen nominalen Betrag.

Derivate

Die Bewertung von Futures und Optionen, die an einer Börse oder an einem anderen organisierten Markt gehandelt werden, erfolgt grundsätzlich anhand des letzten verfügbaren handelbaren Kurses. Die Bewertung von Futures und Optionen, welche nicht an einer Börse oder an einem anderen organisierten Markt notiert oder gehandelt werden oder deren Börsenkurs den tatsächlichen Marktwert nicht angemessen widerspiegelt, erfolgt anhand von Fair Values, welche mittels marktgängiger Verfahren (z.B. Black-Scholes-Merton) ermittelt werden. Die Bewertung von Swaps erfolgt anhand von Fair

Values, welche mittels marktgängiger Verfahren (z.B. Discounted-Cash-Flow-Verfahren) ermittelt werden. Devisentermingeschäfte werden nach der Forward Point Methode bewertet.

Sonstiges

Der Wert aller Vermögenswerte und Verbindlichkeiten, welche nicht in der Währung des Fonds geführt werden, wird in diese Währung zu den jeweiligen Devisenkursen (i.d.R. Reuters-Fixing) umgerechnet.

Die Verwaltungsgesellschaft erhält aus dem Fondsvermögen für die Tätigkeit als Verwaltungsgesellschaft in Bezug auf die Hauptverwaltung und die Anlagenverwaltung ein Entgelt („Verwaltungsvergütung“), das anteilig monatlich nachträglich auf das durchschnittliche Netto-Fondsvermögen während des betreffenden Monats zu berechnen und auszuzahlen ist.

Die Verwaltungsgesellschaft erhält aus dem Fondsvermögen eine jährliche Kostenpauschale, die anteilig auf das durchschnittliche Netto-Fondsvermögen des betreffenden Monats zu berechnen und zum betreffenden Monatsende auszuzahlen ist. Für die Berechnung werden die Tageswerte zugrunde gelegt. Die Kostenpauschale umfasst die folgenden Vergütungen und Kosten, die dem Fonds nicht separat belastet werden:

- Vergütung der Depotbank;
- Kosten von Artikel 17 Absatz 1 Buchstabe b) bis i) des Grundreglements;
- Kosten, die im Zusammenhang mit der Verwendung eines Vergleichsmaßstabes entstehen können;
- Kosten und Auslagen, die der Depotbank aufgrund einer zulässigen und marktüblichen Beauftragung Dritter gemäß Artikel 4 Absatz 3 des Grundreglements mit der Verwahrung von Vermögenswerten des Fonds entstehen.

Die Depotbank erhält aus dem Fondsvermögen:

- eine bankübliche Bearbeitungsgebühr für Geschäfte für Rechnung des Fonds.

Die Steuer auf das Fondsvermögen („Taxe d'abonnement“, derzeit 0,05 % p.a.) ist vierteljährlich nachträglich auf das Fondsvermögen (soweit es nicht in Luxemburger Investmentfonds, die der „Taxe d'abonnement“ unterliegen, angelegt ist) zu berechnen und auszuzahlen.

Des Weiteren wird dem Fondsvermögen zugunsten der Vertriebsstellen am ersten Bewertungstag jedes Investierungszeitraums eine Restrukturierungsgebühr entnommen. Die Restrukturierungsgebühr wird den Fondsanteilen, die am ersten Bewertungstag des betreffenden Investierungszeitraums neu ausgegeben werden, nicht belastet.

Die Verwaltungsgesellschaft erhält für die Anbahnung, Vorbereitung und Durchführung von Wertpapierdarlehensgeschäften, Wertpapierpensionsgeschäften und diesen vergleichbaren zulässigen Geschäften für Rechnung des Fonds eine pauschale Vergütung in Höhe von bis zur Hälfte der Erträge aus diesen Geschäften.

Die Ertragsverwendung sowie weitere Modalitäten entnehmen Sie bitte der nachfolgenden Tabelle.

Deka-EuroGarant Strategie			
Verwaltungsvergütung	Restrukturierungsgebühr	Kostenpauschale	Ertragsverwendung
bis zu 1,00 % p.a.	bis zu 2,50 %	bis zu 0,30 % p.a.	
derzeit	derzeit	derzeit	
0,40 % p.a.	2,50 %	0,15 % p.a.	Thesaurierung

BERICHT DES REVISEUR D'ENTREPRISES AGREE.

An die Anteilhaber des
Deka-EuroGarant Strategie

BERICHT DES REVISEUR D'ENTREPRISES AGREE

Entsprechend dem uns vom Verwaltungsrat der Deka International S.A. erteilten Auftrag haben wir den beigefügten Jahresabschluss des Deka-EuroGarant Strategie geprüft, der aus der Vermögensaufstellung, der Aufstellung des Wertpapierbestands und der sonstigen Vermögenswerte zum 30. September 2014, der Ertrags- und Aufwandsrechnung und der Entwicklung des Fondsvermögens für das an diesem Datum endende Geschäftsjahr sowie aus einer Zusammenfassung bedeutsamer Rechnungslegungsmethoden und anderen erläuternden Informationen besteht.

Verantwortung des Verwaltungsrats der Verwaltungsgesellschaft für den Jahresabschluss

Der Verwaltungsrat der Verwaltungsgesellschaft ist verantwortlich für die Aufstellung und sachgerechte Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses in Übereinstimmung mit den in Luxemburg geltenden gesetzlichen Bestimmungen und Verordnungen zur Aufstellung des Jahresabschlusses und für die internen Kontrollen, die er als notwendig erachtet, um die Aufstellung des Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen unzutreffenden Angaben ist, unabhängig davon, ob diese aus Unrichtigkeiten oder Verstößen resultieren.

Verantwortung des Réviseur d'Entreprises agréé

In unserer Verantwortung liegt es, auf der Grundlage unserer Abschlussprüfung über diesen Jahresabschluss ein Prüfungsurteil zu erteilen. Wir führten unsere Abschlussprüfung nach den für Luxemburg von der Commission de Surveillance du Secteur Financier angenommenen internationalen Prüfungsstandards (International Standards on Auditing) durch. Diese Standards verlangen, dass wir die beruflichen Verhaltensanforderungen einhalten und die Prüfung dahingehend planen und durchführen, dass mit hinreichender Sicherheit erkannt werden kann, ob der Jahresabschluss frei von wesentlichen unzutreffenden Angaben ist.

Eine Abschlussprüfung beinhaltet die Durchführung von Prüfungshandlungen zum Erhalt von Prüfungsnachweisen für die im Jahresabschluss enthaltenen Wertansätze und Informationen. Die Auswahl der Prüfungshandlungen obliegt der Beurteilung des Réviseur d'Entreprises agréé ebenso wie die Bewertung des Risikos, dass der Jahresabschluss wesentliche unzutreffende Angaben aufgrund von Unrichtigkeiten oder Verstößen enthält. Im Rahmen dieser Risikoeinschätzung berücksichtigt der Réviseur d'Entreprises agréé das für die Aufstellung und sachgerechte Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses eingerichtete interne Kontrollsystem, um die unter diesen Umständen angemessenen Prüfungshandlungen festzulegen, nicht jedoch, um eine Beurteilung der Wirksamkeit des internen Kontrollsystems abzugeben.

Eine Abschlussprüfung umfasst auch die Beurteilung der Angemessenheit der angewandten Rechnungslegungsgrundsätze und -methoden und der Vertretbarkeit der vom Verwaltungsrat der Verwaltungsgesellschaft ermittelten geschätzten Werte in der Rechnungslegung sowie die Beurteilung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses.

Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zu dienen.

Prüfungsurteil

Nach unserer Beurteilung vermittelt der Jahresabschluss in Übereinstimmung mit den in Luxemburg geltenden gesetzlichen Bestimmungen und Verordnungen betreffend die Aufstellung des Jahresabschlusses ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage des Deko-EuroGarant Strategie zum 30. September 2014 sowie der Ertragslage und der Entwicklung des Fondsvermögens für das an diesem Datum endende Geschäftsjahr.

Luxemburg, 23. Dezember 2014

Sonstiges

Die im Jahresbericht enthaltenen ergänzenden Angaben wurden von uns im Rahmen unseres Auftrages durchgesehen, waren aber nicht Gegenstand besonderer Prüfungshandlungen nach den oben beschriebenen Standards. Unser Prüfungsurteil bezieht sich daher nicht auf diese Angaben. Im Rahmen der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses haben uns diese Angaben keinen Anlass zu Anmerkungen gegeben.

KPMG Luxembourg S.à r.l.
Cabinet de révision agréé

Petra Schreiner

Besteuerung der Erträge.

1. Allgemeine Besteuerungssystematik

Die Erträge eines deutschen oder ausländischen Fonds werden grundsätzlich auf der Ebene des Anlegers versteuert, während der Fonds selbst von der Steuer befreit ist. Die steuerrechtliche Behandlung von Erträgen aus Fondsanteilen folgt damit dem Grundsatz der Transparenz, wonach der Anleger grundsätzlich so besteuert werden soll, als hätte er die von dem Fonds erzielten Erträge unmittelbar selbst erwirtschaftet (Transparenzprinzip). Abweichend von diesem Grundsatz ergeben sich bei der Fondsanlage jedoch einige Besonderheiten. So werden beispielsweise bestimmte Erträge bzw. Gewinne auf der Ebene des Anlegers erst bei Rückgabe der Fondsanteile erfasst. Negative Erträge des Fonds sind mit positiven Erträgen gleicher Art zu verrechnen. Soweit die negativen Erträge hierdurch nicht vollständig ausgeglichen werden können, dürfen sie nicht von dem Anleger geltend gemacht werden, sondern müssen auf der Ebene des Fonds vorgetragen und in nachfolgenden Geschäftsjahren mit gleichartigen Erträgen ausgeglichen werden.

Eine Besteuerung des Anlegers können ausschließlich die Ausschüttung bzw. Thesaurierung von Erträgen (laufende Erträge) sowie die Rückgabe von Fondsanteilen auslösen. Die Besteuerung richtet sich dabei im Einzelnen nach den Vorschriften des Investmentsteuergesetzes in Verbindung mit dem allgemeinen Steuerrecht. Die steuerrechtlichen Folgen einer Anlage in einen Fonds sind dabei im Wesentlichen unabhängig davon, ob es sich um einen deutschen oder um einen ausländischen Fonds handelt, sodass die nachfolgende Darstellung für beide gleichermaßen gilt. Etwaige Unterschiede in der Besteuerung werden an der jeweiligen Stelle hervorgehoben.

Darüber hinaus gelten die Anmerkungen auch für Dachfonds, d. h. für Fonds, die ihr Kapital ganz überwiegend oder jedenfalls zum Teil in andere Fonds anlegen. Der Anleger muss bei Dachfonds keine Besonderheiten beachten, weil ihm die für die Besteuerung erforderlichen Informationen von der Gesellschaft in der gleichen Form zur Verfügung gestellt werden wie für andere Fonds.

Seit dem 1. Januar 2009 unterliegen Einkünfte aus Kapitalvermögen für Privatanleger in Deutschland der Abgeltungsteuer i.H.v. 25 Prozent als spezielle Form der Kapitalertragsteuer. Zusätzlich zur Abgeltungsteuer ist ein Solidaritätszuschlag in Höhe von 5,5 Prozent der Abgeltungsteuer sowie gegebenenfalls – entsprechend der Religions-/ Konfessionszugehörigkeit des Anlegers – Kirchensteuer in Höhe

von 8 Prozent bzw. 9 Prozent der Abgeltungsteuer einzubehalten und abzuführen. Die Kirchensteuer wird für den Anleger allerdings nur dann einbehalten und abgeführt, wenn der auszahlenden Stelle bis spätestens 31. Dezember des Vorjahres ein Kirchensteuerantrag des Anlegers vorliegt (gegebenenfalls sind interne Bearbeitungszeiten zu beachten). Soweit bei einem kirchensteuerpflichtigen Anleger mangels rechtzeitiger Vorlage des Kirchensteuerantrags die Kirchensteuer nicht einbehalten werden kann, muss sich der Anleger mit seinen gesamten Einkünften aus Kapitalvermögen zur Einkommensteuer veranlagung lassen. Auf einen entsprechenden Hinweis auf den Solidaritätszuschlag sowie die Kirchensteuer wird bei den folgenden Ausführungen jeweils verzichtet.

Die deutsche Abgeltungsteuer entfaltet für Privatanleger grundsätzlich abgeltende Wirkung. Soweit die Einnahmen der Abgeltungsteuer unterlegen haben, entfällt damit die Verpflichtung des Privatanlegers, die Einnahmen in seiner Einkommensteuererklärung anzugeben. Der Umfang der zu versteuernden Einnahmen, d. h. die Bemessungsgrundlage der Abgeltungsteuer, wurde erheblich erweitert und erfasst neben Zinsen und Dividenden nunmehr beispielsweise auch Gewinne aus der Veräußerung von Aktien oder Renten.

Bei laufenden Erträgen wie z. B. Zinsen und Dividenden ist die Abgeltungsteuer anwendbar, wenn diese dem Anleger nach dem 31. Dezember 2008 zufließen. Im Fall von realisierten Gewinnen und Verlusten ist die Abgeltungsteuer anwendbar, wenn die Wirtschaftsgüter nach dem 31. Dezember 2008 erworben wurden. Dies gilt sowohl für die von dem Fonds erworbenen Wirtschaftsgüter als auch für den von dem Anleger erzielten Gewinn oder Verlust aus der Veräußerung eines Fondsanteils. Bei Einkünften aus Kapitalvermögen, die nicht im Zusammenhang mit Fondsanteilen stehen, gelten teilweise abweichende Übergangsregelungen.

Kann der Anschaffungszeitpunkt von Wirtschaftsgütern nicht eindeutig bestimmt werden, ist die gesetzliche Verbrauchsfolgefiktion zu beachten, wonach die als erstes angeschafften Wertpapiere als zuerst verkauft gelten. Dies gilt sowohl für die Wirtschaftsgüter des Fonds als auch für die von dem Anleger gehaltenen Fondsanteile z. B. bei Girosammelverwahrung.

2. Besteuerung der laufenden Erträge aus Fonds

2.1. Ertragsarten und Ertragsverwendung

Ein Fonds darf gemäß der jeweiligen Anlagepolitik sowie der Vertragsbedingungen in unterschiedliche Wirtschaftsgüter investieren. Die hieraus erzielten Erträge dürfen aufgrund des Transparenzgedankens nicht einheitlich z. B. als Dividenden qualifiziert werden, sondern sind entsprechend den Regeln des deutschen Steuerrechts jeweils getrennt zu erfassen. Ein Fonds kann daher beispielsweise Zinsen, zinsähnliche Erträge, Dividenden und Gewinne aus der Veräußerung von Wirtschaftsgütern erwirtschaften. Die Erträge werden dabei nach steuerrechtlichen Vorschriften – insbesondere dem Investmentsteuergesetz – ermittelt, sodass sie regelmäßig von den tatsächlich ausgeschütteten Beträgen bzw. den im Jahresbericht ausgewiesenen Beträgen für Ausschüttung und Thesaurierung abweichen. Die steuerrechtliche Behandlung der Erträge beim Anleger hängt sodann von der Ertragsverwendung des Fonds ab, d. h. ob der Fonds die Erträge vollständig thesauriert oder vollständig bzw. teilweise ausschüttet. Die Ertragsverwendung Ihres Fonds entnehmen Sie bitte dem Verkaufsprospekt oder dem Jahresbericht. Darüber hinaus ist danach zu differenzieren, ob die Erträge einem Privatanleger oder einem betrieblichen Anleger zuzurechnen sind. Sofern vom Fonds eine steuerrechtliche Substanzausschüttung ausgewiesen wird, ist diese für den Anleger nicht steuerbar. Dies bedeutet für einen bilanzierenden Anleger, dass die Substanzausschüttung in der Handelsbilanz ertragswirksam zu vereinnahmen ist, in der Steuerbilanz aufwandswirksam ein passiver Ausgleichsposten zu bilden ist und damit technisch die historischen Anschaffungskosten steuerneutral gemindert werden. Alternativ können die fortgeführten Anschaffungskosten um den anteiligen Betrag der Substanzausschüttung vermindert werden.

2.2. Ausländische Quellensteuer

Auf ausländische Erträge werden teilweise Quellensteuern in dem jeweiligen Land einbehalten, die auf der Ebene des Fonds als Werbungskosten abgezogen werden dürfen. Alternativ kann die Gesellschaft die ausländischen Quellensteuern in den Besteuerungsgrundlagen ausweisen, sodass sie direkt auf Ebene des Anlegers auf die zu zahlende Steuer angerechnet werden, oder sie der Anleger von seinen Einkünften abziehen kann. Teilweise investieren Fonds darüber hinaus in Länder, in denen auf die Erträge zwar tatsächlich keine Quellensteuer einbehalten wird, der Anleger aber gleichwohl eine Quellensteuer auf seine persönliche Steuerschuld anrechnen kann (fiktive Quellensteuer). In diesen

Fällen kommt auf Ebene des Anlegers ausschließlich die Anrechnung der ausgewiesenen fiktiven Quellensteuer in Betracht. Ein Abzug von fiktiver Quellensteuer von den Einkünften des Anlegers ist unzulässig.

Der Europäische Gerichtshof hat in der Rechtssache „Meilicke“ am 6. März 2007 hinsichtlich der Direktanlage in Aktien das in Deutschland in der Regel bis zum Jahr 2000 geltende Körperschaftsteuerrecht in Teilen für europarechtswidrig erklärt. Dieses habe zum einen die in Deutschland einkommensteuerpflichtigen Personen, die Dividenden von Gesellschaften mit Sitz in einem anderen Mitgliedstaat bezogen, benachteiligt. Zum anderen habe es diese Unternehmen darin behindert, in Deutschland Kapital zu sammeln. In Deutschland konnte unter Geltung des sog. Anrechnungsverfahrens nur die auf deutsche Dividenden entfallende Körperschaftsteuer, nicht aber die auf ausländische Dividenden entfallende ausländische Körperschaftsteuer auf die persönliche Steuerschuld des Anlegers angerechnet werden. Der Europäische Gerichtshof hat entschieden, dass die den Besitzern ausländischer Wertpapiere daraus entstandenen Nachteile rückwirkend ausgeglichen werden müssen. In einem weiteren Urteil vom 30. Juni 2011 („Meilicke II“) hat der Europäische Gerichtshof Stellung zu der Höhe der Steueranrechnung und den für die Durchsetzung eines Erstattungsanspruchs erforderlichen Nachweisen genommen. Die verfahrensrechtliche Rechtslage nach deutschem Recht ist für die Direktanlage, vor allem aber für die Investmentanlage weiterhin unklar. Zur Wahrung möglicher Rechte kann es daher sinnvoll sein, dass Sie sich mit Ihrem steuerlichen Berater in Verbindung setzen.

2.3. Veröffentlichung der Besteuerungsgrundlagen

Die für die Besteuerung des Anlegers maßgeblichen Besteuerungsgrundlagen werden von der Gesellschaft zusammen mit einer Berufsträgerbescheinigung, dass die Angaben nach den Regeln des deutschen Steuerrechts ermittelt wurden, im elektronischen Bundesanzeiger veröffentlicht.

2.4. Besteuerung im Privatvermögen

Wann die von dem Fonds erzielten Erträge beim Anleger steuerrechtlich zu erfassen sind, hängt von der Ertragsverwendung ab. Bei einer Thesaurierung hat der Anleger die sog. ausschüttungsgleichen Erträge, d. h. bestimmte von dem Fonds nicht zur Ausschüttung verwendete Erträge, in dem Kalenderjahr zu versteuern, in dem das Geschäftsjahr des Fonds endet. Da der Anleger in diesem Fall tatsächlich keine Erträge erhält, diese aber gleichwohl versteuern muss, spricht man in diesem Zusammen-

hang von der sog. Zuflussfiktion. Bei einer Vollausschüttung sind beim Anleger die ausgeschütteten Erträge und bei einer Teilausschüttung sowohl die ausgeschütteten als auch die ausschüttungsgleichen Erträge grundsätzlich steuerpflichtig. In beiden Fällen hat der in Deutschland steuerpflichtige Anleger die Erträge im Jahr des Zuflusses zu versteuern.

Sowohl die ausgeschütteten als auch die ausschüttungsgleichen Erträge sind grundsätzlich in vollem Umfang steuerpflichtig, es sei denn, die Steuerfreiheit bestimmter Erträge ist explizit geregelt. Bei der Ermittlung der Einkünfte aus Kapitalvermögen ist als Werbungskosten ein Sparer-Pauschbetrag in Höhe von 801,- Euro (bei Zusammenveranlagung: 1.602,- Euro) abzuziehen, soweit der Anleger in Deutschland unbeschränkt steuerpflichtig ist. Der Abzug von dem Anleger tatsächlich entstandenen Werbungskosten (z. B. Depotgebühren) ist in der Regel ausgeschlossen. Gewinne aus der Veräußerung von Wertpapieren und Termingeschäften sind vom Anleger nur bei Ausschüttung bzw. bei Rückgabe der Fondsanteile zu versteuern.

2.5. Besteuerung im Betriebsvermögen

Der in Deutschland unbeschränkt steuerpflichtige betriebliche Anleger, der seinen Gewinn durch Einnahme-Überschuss-Rechnung ermittelt, hat die ausgeschütteten Erträge sowie die ausschüttungsgleichen Erträge zum gleichen Zeitpunkt wie der Privatanleger zu versteuern. Im Fall der Gewinnermittlung durch Betriebsvermögensvergleich hat der Anleger die ausschüttungsgleichen Erträge am Geschäftsjahresende des Fonds und die ausgeschütteten Erträge mit Entstehung des Anspruchs zu erfassen. Insoweit finden die allgemeinen Regeln des Bilanzsteuerrechts Anwendung.

Für den betrieblichen Anleger sind sowohl die ausgeschütteten als auch die ausschüttungsgleichen Erträge grundsätzlich in vollem Umfang steuerpflichtig, soweit nicht die Steuerfreiheit bestimmter Erträge explizit geregelt ist. So sind beispielsweise Dividendenerträge sowie ausgeschüttete realisierte Gewinne aus der Veräußerung von Aktien von dem Anleger nur in Höhe von 60 Prozent zu versteuern (Teileinkünfteverfahren). Für körperschaftsteuerpflichtige Anleger sind z. B. in- und ausländische Dividendenerträge, die dem Sondervermögen vor dem 1. März 2013 zugeflossen sind, zu 95 Prozent steuerfrei. Aufgrund der Neuregelung zur Besteuerung von Streubesitzdividenden sind Dividenden, die dem Sondervermögen nach dem 28. Februar 2013 zugeflossen sind, bei körperschaftsteuerpflichtigen Anlegern steuerpflichtig. Die ausgeschütteten realisierten Gewinne aus der Veräußerung von Aktien

sind grundsätzlich zu 95 Prozent steuerfrei. Dies gilt nicht für derartige Erträge aus Fondsanteilen, die insbesondere Kreditinstitute ihrem Handelsbestand zuordnen.

3. Rückgabe von Fondsanteilen

Steuerrechtlich wird die Rückgabe von Fondsanteilen wie ein Verkauf behandelt, d. h. der Anleger realisiert einen Veräußerungsgewinn oder -verlust.

3.1. Besteuerung im Privatvermögen

Gewinne und Verluste aus der Rückgabe von Fondsanteilen sind als positive bzw. negative Einkünfte aus Kapitalvermögen grundsätzlich steuerpflichtig. Die Gewinne und Verluste können mit anderen Erträgen aus Kapitalvermögen grundsätzlich verrechnet werden. Dies gilt jedoch nicht im Hinblick auf Verlustvorträge oder zukünftige Verluste aus der Veräußerung von Aktien, für die ein separater Verlustverrechnungstopf zu führen ist.

Das Verrechnungsverbot gilt auch für Verluste aus der Rückgabe von Fondsanteilen oder Veräußerung anderer Wertpapiere, die noch unter das alte Recht vor Einführung der Abgeltungsteuer fallen.

Der so genannte DBA-Gewinn umfasst Erträge und Gewinne bzw. Verluste, die aufgrund eines Doppelbesteuerungsabkommens zwischen dem Quellensstaat und Deutschland steuerfrei und noch nicht ausgeschüttet oder thesauriert worden sind. Der Gewinn bzw. Verlust aus der Veräußerung der Fondsanteile ist für private Anleger in Höhe des besitzzeitanteiligen DBA-Gewinns steuerfrei. Der DBA-Gewinn wird von der Gesellschaft als Prozentsatz des Rücknahmepreises veröffentlicht.

Der im Rücknahmepreis als enthalten geltende Zwischengewinn unterliegt ebenfalls der Besteuerung. Dieser setzt sich aus den von dem Fonds erwirtschafteten Zinsen und zinsähnlichen Erträgen zusammen, die seit dem letzten Ausschüttungs- oder Thesaurierungstermin angefallen sind und seit diesem Zeitpunkt noch nicht steuerpflichtig ausgeschüttet oder thesauriert wurden. Der Zwischengewinn wird von der Gesellschaft bewertungstäglich ermittelt und zusammen mit dem Rücknahmepreis veröffentlicht. Außerdem wird er dem Anleger von der Verwahrstelle in Deutschland auf der Wertpapierabrechnung mitgeteilt. Der beim Kauf gezahlte Zwischengewinn gehört beim Anleger grundsätzlich zu den negativen Einnahmen aus Kapitalvermögen, die er mit anderen positiven Einkünften aus Kapitalvermögen verrechnen kann. Vorausset-

zung ist, dass vom Fonds ein Ertragsausgleich durchgeführt wird und sowohl bei der Veröffentlichung des Zwischengewinns als auch im Rahmen der von den Berufsträgern zu bescheinigenden Steuerdaten hierauf hingewiesen wird. Der bei Rückgabe der Fondsanteile vereinnahmte Zwischengewinn zählt zu den positiven Einkünften aus Kapitalvermögen. Wird der Zwischengewinn nicht veröffentlicht, sind jährlich 6 Prozent des Entgelts für die Rückgabe oder Veräußerung des Fondsanteils als Zwischengewinn anzusetzen.

Hedgefonds sind gesetzlich nicht verpflichtet, den Zwischengewinn zu ermitteln bzw. zu veröffentlichen. Sofern sich die Gesellschaft dazu entschließt, darf der Zwischengewinn für Hedgefonds allerdings freiwillig ermittelt und veröffentlicht werden.

Der Veräußerungsgewinn wird für den Anleger grundsätzlich von der deutschen Verwahrstelle ermittelt. Gewinn oder Verlust ist hierbei der Unterschied zwischen dem Veräußerungspreis einerseits und den Anschaffungskosten und den Werbungskosten andererseits. Darüber hinaus sind die Anschaffungskosten sowie der Veräußerungspreis jeweils um den Zwischengewinn zu mindern. Der so ermittelte Veräußerungsgewinn bzw. -verlust ist zusätzlich um die ausschüttungsgleichen Erträge zu mindern, um insoweit eine Doppelbesteuerung zu vermeiden.

3.2. Besteuerung im Betriebsvermögen

Bei einer Rückgabe von Fondsanteilen bildet die Differenz zwischen dem Rücknahmepreis und den Anschaffungskosten grundsätzlich den steuerpflichtigen Veräußerungsgewinn oder Veräußerungsverlust. Der erhaltene Zwischengewinn stellt beim betrieblichen Anleger einen unselbständigen Teil des Veräußerungserlöses dar.

Der Aktiengewinn umfasst Dividenden, soweit diese bei Zurechnung an den Anleger steuerfrei sind, Veräußerungsgewinne und -verluste aus Aktien sowie Wertsteigerungen und -minderungen aus Aktien, die noch nicht ausgeschüttet oder thesauriert worden sind. Der Aktiengewinn wird von der Gesellschaft als Prozentsatz des Rücknahmepreises veröffentlicht, sodass der Anleger den absoluten Aktiengewinn sowohl bei Erwerb als auch bei Rückgabe der Fondsanteile durch Multiplikation mit dem jeweiligen Rücknahmepreis ermitteln muss. Die Differenz zwischen dem absoluten Aktiengewinn bei Rückgabe und dem absoluten Aktiengewinn bei Erwerb stellt sodann den besitzzeitanteiligen Aktiengewinn dar, durch den der Anleger eine Aussage darüber erhält, in welchem Umfang die Wertsteige-

rung bzw. der Wertverlust seiner Fondsanteile auf Aktien zurückzuführen ist. Der Gewinn bzw. Verlust aus der Veräußerung der Fondsanteile ist für körperschaftsteuerpflichtige Anleger i.H.v. 95 Prozent des besitzzeitanteiligen Aktiengewinns, für einkommensteuerpflichtige betriebliche Anleger i.H.v. 40 Prozent des besitzzeitanteiligen Aktiengewinns steuerfrei. Aufgrund der oben erwähnten Gesetzesänderung werden seit dem 1. März 2013 zwei Aktiengewinne getrennt für körperschaftsteuerpflichtige Anleger und für einkommensteuerpflichtige betriebliche Anleger veröffentlicht – gegebenenfalls erfolgt die getrennte Veröffentlichung erst nachträglich.

Der so genannte DBA-Gewinn umfasst Erträge und Gewinne bzw. Verluste, die aufgrund eines Doppelbesteuerungsabkommens zwischen dem Quellenstaat und Deutschland steuerfrei und noch nicht ausgeschüttet oder thesauriert worden sind. Der Gewinn bzw. Verlust aus der Veräußerung der Fondsanteile ist für betriebliche Anleger in Höhe des besitzzeitanteiligen DBA-Gewinns steuerfrei. Der DBA-Gewinn wird von der Gesellschaft in der gleichen Form wie der Aktiengewinn getrennt von diesem veröffentlicht.

Der betriebliche Anleger hat die Fondsanteile mit den Anschaffungskosten zuzüglich gegebenenfalls Anschaffungsnebenkosten zu aktivieren. Der beim Kauf gezahlte Zwischengewinn stellt einen unselbständigen Teil der Anschaffungskosten dar. Wenn der Fonds während der Haltedauer der Fondsanteile Erträge thesauriert, sind die ausschüttungsgleichen Erträge außerbilanziell zu erfassen und ein aktiver Ausgleichsposten zu bilden. Zum Zeitpunkt der Rückgabe der Fondsanteile sind diese erfolgswirksam auszubuchen und der aktive Ausgleichsposten ist aufzulösen, um eine doppelte steuerrechtliche Erfassung der ausschüttungsgleichen Erträge zu vermeiden. Darüber hinaus ist der besitzzeitanteilige Aktiengewinn außerbilanziell zu berücksichtigen.

Der folgende Absatz betrifft ausschließlich Fonds nach deutschem Recht:

Der Europäische Gerichtshof hat in der Rechtssache „STEKO Industriemontage GmbH“ entschieden, dass die Regelung im Körperschaftsteuergesetz für den Übergang vom körperschaftsteuerlichen Anrechnungsverfahren zum Halbeinkünfteverfahren in 2001 europarechtswidrig ist. Das Verbot für Körperschaften, Gewinnminderungen im Zusammenhang mit Beteiligungen an ausländischen Gesellschaften nach § 8b Absatz 3 KStG steuerwirksam geltend zu machen, galt nach § 34 KStG bereits in 2001, während dies für Gewinnminderungen im Zusammenhang

mit Beteiligungen an inländischen Gesellschaften erst in 2002 galt. Dies widerspricht nach Auffassung des Europäischen Gerichtshofs der Kapitalverkehrsfreiheit. Die Übergangsregelungen des Körperschaftsteuergesetzes galten entsprechend für die Fondsanlage nach dem Gesetz über Kapitalanlagegesellschaften (§§ 40 und 40a i.V.m. § 43 Absatz 14 KAGG). Insbesondere für Zwecke der Berücksichtigung von Gewinnminderungen im Rahmen der Ermittlung des Aktiengewinns nach § 40a KAGG könnte die Entscheidung Bedeutung erlangen. Der Bundesfinanzhof (BFH) hat mit Urteil vom 28. Oktober 2009 (Az. I R 27/08) entschieden, dass die Rechtssache STEKO grundsätzlich Wirkungen auf die Fondsanlage entfaltet. Mit BMF-Schreiben vom 1. Februar 2011 „Anwendung des BFH-Urteils vom 28. Oktober 2009 – I R 27/08 beim Aktiengewinn („STEKO-Rechtsprechung“)“ hat die Finanzverwaltung insbesondere dargelegt, unter welchen Voraussetzungen nach ihrer Auffassung eine Anpassung eines Aktiengewinns aufgrund der Rechtssache STEKO möglich ist. Im Hinblick auf mögliche Maßnahmen aufgrund der Rechtssache STEKO empfehlen wir Anlegern mit Anteilen im Betriebsvermögen, einen steuerlichen Berater zu konsultieren.

4. Deutsche Kapitalertragsteuer

Die inländischen depotführenden Verwahrstellen haben grundsätzlich die Kapitalertragsteuer für den Anleger einzubehalten und abzuführen. Die Kapitalertragsteuer hat für Privatanleger grundsätzlich abgeltende Wirkung. Der Anleger hat allerdings ein Veranlagungswahlrecht und in bestimmten Fällen eine Veranlagungspflicht. Werden die Fondsanteile im Betriebsvermögen gehalten, besteht grundsätzlich eine Pflicht zur Veranlagung. Wird der betriebliche Anleger mit seinen Erträgen aus Fondsanteilen zur Einkommen- oder Körperschaftsteuer veranlagt, ist die gezahlte Kapitalertragsteuer nur eine Steuervorauszahlung ohne abgeltende Wirkung, die der Anleger auf seine persönliche Steuerschuld anrechnen kann. Hierfür erhält der Anleger von deutschen Verwahrstellen eine Steuerbescheinigung, die er im Rahmen seiner Veranlagung dem Finanzamt vorlegen muss.

Im Rahmen der Veranlagung ist der Steuersatz bei Privatanlegern für Einkünfte aus Kapitalvermögen auf 25 Prozent begrenzt. Eine freiwillige Veranlagung ist insbesondere Anlegern ohne oder mit einem sehr niedrigen zu versteuernden Einkommen zu empfehlen.

Bei Erteilung einer Nichtveranlagungsbescheinigung oder der Vorlage eines gültigen Freistellungsauftrags verzichten deutsche Verwahrstellen insoweit auf den Einbehalt der Kapitalertragsteuer. Weist der Anleger nach, dass er Steuerausländer ist, beschränkt sich der Kapitalertragsteuerabzug auf Erträge aus deutschen Dividenden.

Deutsche Verwahrstellen haben für den Steuerpflichtigen einen Verlustverrechnungstopf zu führen, der automatisch in das nächste Jahr übertragen wird. Hierbei sind Verluste aus dem Verkauf von Aktien nur mit Gewinnen aus dem Verkauf von Aktien verrechenbar. Gewinne aus der Rückgabe von Fondsanteilen sind steuerrechtlich keine Gewinne aus Aktien.

Kapitalertragsteuer wird nur insoweit einbehalten, als die positiven Einkünfte die (vorgetragenen) negativen Einkünfte sowie evtl. Freistellungsaufträge übersteigen. Der in Deutschland unbeschränkt steuerpflichtige Anleger darf seinen Banken insgesamt Freistellungsaufträge bis zu einem Gesamtbetrag von 801,- Euro (bei Zusammenveranlagung: 1.602,- Euro) erteilen.

Freistellungsauftrag, Nichtveranlagungsbescheinigung bzw. der Nachweis der Ausländereigenschaft müssen der Verwahrstelle rechtzeitig vorliegen. Rechtzeitig ist im Falle der Thesaurierung vor dem Geschäftsjahresende des Fonds, bei ausschüttenden Fonds vor der Ausschüttung und bei der Rückgabe von Fondsanteilen vor der Transaktion.

Werden die Fondsanteile nicht in einem deutschen Depot verwahrt und die Ertragsscheine einer deutschen Zahlstelle vorgelegt, können Freistellungsauftrag sowie Nichtveranlagungsbescheinigung nicht berücksichtigt werden.

Ausländischen Anlegern kann die für sie abgeführte Kapitalertragsteuer nur im Rahmen des einschlägigen Doppelbesteuerungsabkommens zwischen ihrem Ansässigkeitsstaat und Deutschland angerechnet oder erstattet werden. Für die Erstattung ist das Bundeszentralamt für Steuern zuständig.

Soweit der Fonds gezahlte oder fiktiv anrechenbare ausländische Quellensteuern ausweist, werden diese grundsätzlich beim Steuerabzug steuermindernd berücksichtigt. Ist eine steuerrechtliche Berücksichtigung ausgewiesener anrechenbarer Quellensteuern ausnahmsweise nicht möglich, werden sie in einem „Quellensteuerpotf“ vorgetragen.

4.1. Deutsche Fonds

Deutsche depotführende Stellen haben sowohl bei Ausschüttung als auch bei Thesaurierung grundsätzlich Kapitalertragsteuer einzubehalten und abzuführen.

Werden die Fondsanteile bei einer deutschen Verwahrstelle verwahrt, hat die Verwahrstelle bei Rückgabe der Fondsanteile darüber hinaus Kapitalertragsteuer auf den Zwischengewinn einzubehalten. Bei Rückgabe von Fondsanteilen, die nach dem 31. Dezember 2008 angeschafft wurden, wird darüber hinaus Kapitalertragsteuer auf den Gewinn aus der Veräußerung der Fondsanteile einbehalten.

4.2. Ausländische Fonds

Ausländische Gesellschaften führen keine Kapitalertragsteuer an das deutsche Finanzamt ab. Bei ausschüttenden bzw. teilausschüttenden Fonds behält jedoch die deutsche Verwahrstelle die Kapitalertragsteuer auf ausgeschüttete Erträge ein.

Werden die Fondsanteile bei einer deutschen Verwahrstelle zurückgegeben, hat diese darüber hinaus Kapitalertragsteuer auf den Zwischengewinn einzubehalten und abzuführen. Bei Rückgabe von Fondsanteilen, die nach dem 31. Dezember 2008 angeschafft wurden, wird darüber hinaus Kapitalertragsteuer auf den Gewinn aus der Veräußerung der Fondsanteile einbehalten.

Zusätzlich hat die deutsche Verwahrstelle Kapitalertragsteuer auf die Summe der dem Anleger nach dem 31. Dezember 1993 als zugeflossen geltenden und noch nicht der deutschen Kapitalertragsteuer unterliegenden Erträge einzubehalten und abzuführen. Wurden die Fondsanteile seit Erwerb ununterbrochen bei ein und derselben deutschen Verwahrstelle verwahrt, bilden nur die besitzzeitanteiligen akkumulierten ausschüttungsgleichen Erträge die Bemessungsgrundlage für die Kapitalertragsteuer. Die akkumulierten ausschüttungsgleichen Erträge werden von der Gesellschaft ermittelt und bewertungstäglich zusammen mit dem Rücknahmepreis veröffentlicht.

5. EU-Zinsrichtlinie (Zinsinformationsverordnung)

Bestimmte Zinsen und zinsähnliche Erträge, die einer in Deutschland unbeschränkt steuerpflichtigen natürlichen Person im europäischen Ausland ausgezahlt oder gutgeschrieben werden, hat die ausländische Verwahrstelle/Zahlstelle an die deutschen Finanzbehörden zu melden. Belgien, Luxemburg

und Österreich sowie die angeschlossenen Drittstaaten erheben anstelle der Meldung eine Quellensteuer. Über die Höhe der einbehaltenen Quellensteuer erhält der Anleger eine Steuerbescheinigung. Die Quellensteuer wird auf die deutsche Einkommensteuer angerechnet oder, sofern die Quellensteuer die zu zahlende Einkommensteuer übersteigt, im Rahmen der Einkommensteuerveranlagung erstattet. Der Anleger hat die Möglichkeit, sich vom Steuerabzug befreien zu lassen, indem er gegenüber der Verwahrstelle eine Ermächtigung zur freiwilligen Offenlegung abgibt, die es dem Institut gestattet, auf den Steuerabzug zu verzichten und stattdessen die Erträge an die deutschen Finanzbehörden zu melden.

Deutsche Zahlstellen sind ihrerseits verpflichtet, entsprechende Zahlungen von Zins- und zinsähnlichen Erträgen an ausländische natürliche Personen über das Bundeszentralamt für Steuern an das ausländische Wohnsitzfinanzamt weiterzuleiten.

Eine Meldung erfolgt bei Rückgabe oder Veräußerung der Fondsanteile, soweit der Anteil der Zinsen und zinsähnlichen Erträge 25 Prozent des Rücknahmepreises überschreitet. Eine Meldung der ausgeschütteten Zinsen und Zinserträge an das Wohnsitzfinanzamt erfolgt nicht, wenn der Fonds zu nicht mehr als 15 Prozent aus Anlagen besteht, die zu Zinsen und zinsähnlichen Erträgen im Sinne der Zinsinformationsverordnung führen. Ob Ihr Fonds hiervon betroffen ist, entnehmen Sie bitte dem Jahresbericht.

6. Rechtliche Hinweise

Diese steuerlichen Hinweise sollen einen Überblick über die steuerlichen Folgen der Fondsanlage vermitteln. Sie können nicht alle steuerlichen Aspekte behandeln, die sich aus der individuellen Situation des Anlegers ergeben können. Interessierten Anlegern empfehlen wir, sich durch einen Angehörigen der steuerberatenden Berufe über die steuerlichen Folgen des Fondsinvestments beraten zu lassen.

Die steuerlichen Ausführungen basieren auf der derzeit bekannten Rechtslage. Es kann keine Gewähr dafür übernommen werden, dass sich die steuerrechtliche Beurteilung durch Gesetzgebung, Rechtsprechung oder Erlasse der Finanzverwaltung nicht ändert. Solche Änderungen können auch rückwirkend eingeführt werden und die oben beschriebenen steuerrechtlichen Folgen nachteilig beeinflussen.

7. Änderung durch das Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz (BilMoG): Spezielle Anhangangaben für Fonds (§ 285 Nr. 26 HGB; § 314 Absatz 1 Nr. 18 HGB)

Anleger, die nach dem Handelsgesetzbuch (HGB) dazu verpflichtet sind den Jahresabschluss um einen Anhang zu erweitern und die zu mehr als 10 Prozent am Fondskapital von in- und ausländischen Spezial- und Publikumsfonds beteiligt sind, müssen nach dem BilMoG ergänzende Angaben zu den Fonds im Anhang offen legen.

Das BilMoG ist grundsätzlich für Geschäftsjahre anwendbar, die nach dem 31. Dezember 2009 beginnen. Das BilMoG sieht die folgenden zusätzlichen Angaben im Anhang (§ 285 Nr. 26 HGB) und Konzernanhang (§ 314 Absatz 1 Nr. 18 HGB) vor:

- Klassifizierung des Fonds nach Anlagezielen, z. B. Aktienfonds, Rentenfonds, Immobilienfonds, Mischfonds, Hedgefonds oder Sonstiger Fonds
- Marktwert / Anteilwert nach §§ 168, 278 KAGB oder § 36 InvG in der bis zum 21. Juli 2013 geltenden Fassung
- Differenz zwischen Marktwert und Buchwert
- (Ertrags-)Ausschüttungen des Geschäftsjahres
- Beschränkungen des Rechts zur täglichen Rückgabe
- Gründe für das Unterlassen von Abschreibungen gemäß § 253 Absatz 3 Satz 4 HGB
- Anhaltspunkte für eine voraussichtlich nicht dauerhafte Wertminderung

Bitte wenden Sie sich für individuelle und weiterführende Informationen persönlich an Ihren Abschlussprüfer.

Steuerliche Behandlung

Deka International S.A.		Deka-EuroGarant Strategie			
ISIN		LU0656616918			
Geschäftsjahr		01.10.2013 – 30.09.2014			
		Privat- vermögen	Betriebs- vermögen	nicht KöSt- pflichtig	KöSt- pflichtig
	Ausschüttung ¹⁾	EUR je Anteil	-,-,-,-	-,-,-,-	-,-,-,-
InvStG § 5 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1a	Betrag der Ausschüttung nach Investmentsteuergesetz sowie ²⁾	EUR je Anteil	-,-,-,-	-,-,-,-	-,-,-,-
InvStG § 5 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 a) aa)	in der Ausschüttung enthaltene ausschüttungsgleiche Erträge der Vorjahre	EUR je Anteil	-,-,-,-	-,-,-,-	-,-,-,-
InvStG § 5 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 a) bb)	in der Ausschüttung enthaltene Substanzbeträge	EUR je Anteil	-,-,-,-	-,-,-,-	-,-,-,-
InvStG § 5 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 b)	Betrag der ausgeschütteten Erträge³⁾	EUR je Anteil	-,-,-,-	-,-,-,-	-,-,-,-
InvStG § 5 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2	Betrag der ausschüttungsgleichen Erträge	EUR je Anteil	0,0000	0,0000	0,0000
	Zinsen und sonstige Erträge	EUR je Anteil	-,-,-,-	-,-,-,-	-,-,-,-
	Dividenden nach § 8b Abs. 1 KStG bzw. § 3 Nr. 40 EStG ⁴⁾	EUR je Anteil	-,-,-,-	-,-,-,-	-,-,-,-
	Dividenden nicht nach § 8b Abs. 1 KStG (Streubesitzdividende)	EUR je Anteil	-,-,-,-	-,-,-,-	-,-,-,-
	Ausländische DBA befreite Einkünfte	EUR je Anteil	-,-,-,-	-,-,-,-	-,-,-,-
	Veräußerungsgewinne nach § 8b KStG bzw. § 3 Nr. 40 EStG	EUR je Anteil	-,-,-,-	-,-,-,-	-,-,-,-
	Sonstige Veräußerungsgewinne	EUR je Anteil	-,-,-,-	-,-,-,-	-,-,-,-
	Summe Erträge	EUR je Anteil	0,0000	0,0000	0,0000
	Im Betrag der ausgeschütteten bzw. ausschüttungsgleichen Erträge enthalten:				
InvStG § 5 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 c) aa)	Erträge i. S. d. § 2 Abs. 2 Satz 1 InvStG i. V. m. § 3 Nr. 40 EStG oder im Fall des § 16 InvStG i. V. m. § 8b Abs. 1 des KStG (Bruttoertrag Dividenden)	EUR je Anteil	-,-,-,-	-,-,-,-	-,-,-,-
InvStG § 5 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 c) bb)	Veräußerungsgewinne im Sinne des § 2 Abs. 2 Satz 2 InvStG in Verbindung mit § 8b Abs. 2 des KStG oder § 3 Nr. 40 des EStG	EUR je Anteil	-,-,-,-	-,-,-,-	-,-,-,-
InvStG § 5 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 c) cc)	Erträge im Sinne des § 2 Absatz 2a (Zinsanteil)	EUR je Anteil	-,-,-,-	-,-,-,-	-,-,-,-
InvStG § 5 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 c) dd)	Steuerfreie Veräußerungsgewinne im Sinne des § 2 Abs. 3 Nr. 1 Satz 1 in der am 31.12.2008 anzuwendenden Fassung ⁵⁾	EUR je Anteil	-,-,-,-	-,-,-,-	-,-,-,-
InvStG § 5 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 c) ee)	Erträge im Sinne des § 2 Abs. 3 Nr. 1 Satz 2 in der am 31.12.2008 anzuwendenden Fassung, soweit die Erträge nicht Kapitalerträge im Sinne des § 20 des EStG sind ⁵⁾	EUR je Anteil	-,-,-,-	-,-,-,-	-,-,-,-
InvStG § 5 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 c) ff)	Steuerfreie Veräußerungsgewinne im Sinne des § 2 Absatz 3 in der ab 01.01.2009 anzuwendenden Fassung (steuerfreie Veräußerungsgewinne aus Immobilien im Privatvermögen)	EUR je Anteil	-,-,-,-	-,-,-,-	-,-,-,-
InvStG § 5 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 c) gg)	Einkünfte im Sinne des § 4 Absatz 1 (DBA befreite Einkünfte)	EUR je Anteil	-,-,-,-	-,-,-,-	-,-,-,-
InvStG § 5 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 c) hh)	in Doppelbuchstabe gg enthaltene Einkünfte, die nicht dem Progressionsvorbehalt unterliegen	EUR je Anteil	-,-,-,-	-,-,-,-	-,-,-,-
InvStG § 5 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 c) ii)	Einkünfte im Sinne des § 4 Abs. 2, für die kein Abzug nach § 4 Abs. 4 vorgenommen wurde (ausländische Einkünfte mit anrechenbarer bzw. fiktiv anrechenbarer Quellensteuer)	EUR je Anteil	0,0000	0,0000	0,0000
InvStG § 5 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 c) jj)	in Doppelbuchstabe ii enthaltene Einkünfte, auf die § 2 Abs. 2 InvStG i. V. m. § 8b Abs. 2 KStG oder § 3 Nr. 40 EStG oder im Fall des § 16 InvStG i. V. m. § 8b Abs. 1 des KStG anzuwenden ist	EUR je Anteil	-,-,-,-	-,-,-,-	-,-,-,-
InvStG § 5 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 c) kk)	in Doppelbuchstabe ii enthaltene ausländische Einkünfte mit Anrechnung fiktiver Quellensteuer	EUR je Anteil	-,-,-,-	-,-,-,-	-,-,-,-
InvStG § 5 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 c) ll)	in Doppelbuchstabe kk enthaltene Einkünfte, auf die § 2 Abs. 2 InvStG i. V. m. § 8b Abs. 2 KStG oder § 3 Nr. 40 EStG oder im Fall des § 16 InvStG i. V. m. § 8b Abs. 1 des KStG anzuwenden ist	EUR je Anteil	-,-,-,-	-,-,-,-	-,-,-,-
InvStG § 5 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 c) mm)	Erträge im Sinne des § 21 Absatz 2 Satz 4 InvStG in Verbindung mit § 8b Absatz 1 des Körperschaftsteuergesetzes	EUR je Anteil	-,-,-,-	-,-,-,-	-,-,-,-
InvStG § 5 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 c) nn)	in Doppelbuchstabe ii enthaltene Einkünfte im Sinne des § 21 Absatz 2 Satz 4 InvStG, auf die § 2 Abs. 2 InvStG in der am 20. März 2013 geltenden Fassung i.V.m. § 8b Abs. 1 des KStG anzuwenden ist	EUR je Anteil	-,-,-,-	-,-,-,-	-,-,-,-
InvStG § 5 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 c) oo)	in Doppelbuchstabe kk enthaltene Einkünfte im Sinne des § 21 Absatz 2 Satz 4 InvStG, auf die § 2 Abs. 2 InvStG in der am 20. März 2013 geltenden Fassung i.V.m. § 8b Abs. 1 des KStG anzuwenden ist	EUR je Anteil	-,-,-,-	-,-,-,-	-,-,-,-
InvStG § 5 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 d)	Den zur Anrechnung von Kapitalertragsteuer berechtigenden Teil der Ausschüttung ⁶⁾	EUR je Anteil			
InvStG § 5 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 d) aa)	im Sinne des § 7 Abs. 1 und 2 (ausländische Dividenden, Zinsen, sonstige Erträge und bestimmte steuerpflichtige Veräußerungsgewinne) ^{5) 6)}	EUR je Anteil	0,0000	0,0000	0,0000
InvStG § 5 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 d) bb)	im Sinne des § 7 Abs. 3 (inländische Dividenden, inländische Erträge und Veräußerungsgewinne aus im Inland gelegenen Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten) ⁶⁾	EUR je Anteil	0,0000	0,0000	0,0000

Steuerliche Behandlung

Deka International S.A.		Deka-EuroGarant Strategie			
ISIN		LU0656616918			
Geschäftsjahr		01.10.2013 – 30.09.2014			
		Privat- vermögen	Betriebs- vermögen		
			nicht KöSt- pflichtig	KöSt- pflichtig	
InvStG § 5 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 d) cc)	im Sinne des § 7 Abs. 1 Satz 5, soweit in Doppelbuchstabe aa enthalten (ausländische Dividenden und bestimmte steuerpflichtige Veräußerungsgewinne)	EUR je Anteil	0,0000	0,0000	0,0000
InvStG § 5 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 f)	Den Betrag der ausländischen Steuer, der auf die in den ausgeschütteten Erträgen enthaltenen Einkünfte im Sinne des § 4 Abs. 2 entfällt und	EUR je Anteil			
InvStG § 5 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 f) aa)	der nach § 4 Abs. 2 InvStG in Verbindung mit § 32d Abs. 5 oder § 34c Abs. 1 des EStG oder einem Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung anrechenbar ist, wenn kein Abzug nach § 4 Abs. 4 vorgenommen wurde (anrechenbare ausländische Quellensteuer) ⁷⁾	EUR je Anteil	-,----	-,----	-,----
InvStG § 5 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 f) bb)	in Doppelbuchstabe aa enthalten ist und auf Einkünfte entfällt, auf die § 2 Abs. 2 InvStG i. V. m. § 8b Abs. 2 KStG oder § 3 Nr. 40 EStG oder im Fall des § 16 InvStG i. V. m. § 8b Abs. 1 des KStG anzuwenden ist ⁷⁾	EUR je Anteil	-,----	-,----	-,----
InvStG § 5 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 f) cc)	der nach § 4 Abs. 2 InvStG in Verbindung mit § 34c Abs. 3 des EStG abziehbar ist, wenn kein Abzug nach § 4 Abs. 4 InvStG vorgenommen wurde ⁷⁾	EUR je Anteil	-,----	-,----	-,----
InvStG § 5 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 f) dd)	in Doppelbuchstabe cc enthalten ist und auf Einkünfte entfällt, auf die § 2 Abs. 2 InvStG i. V. m. § 8b Abs. 2 KStG oder § 3 Nr. 40 EStG oder im Fall des § 16 InvStG i. V. m. § 8b Abs. 1 des KStG anzuwenden ist ⁷⁾	EUR je Anteil	-,----	-,----	-,----
InvStG § 5 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 f) ee)	der nach einem Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung als gezahlt gilt und nach § 4 Abs. 2 in Verbindung mit diesem Abkommen anrechenbar ist ⁷⁾	EUR je Anteil	-,----	-,----	-,----
InvStG § 5 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 f) ff)	in Doppelbuchstabe ee enthalten ist und auf Einkünfte entfällt, auf die § 2 Abs. 2 InvStG i. V. m. § 8b Abs. 2 KStG oder § 3 Nr. 40 EStG oder im Fall des § 16 InvStG i. V. m. § 8b Abs. 1 des KStG anzuwenden ist ⁷⁾	EUR je Anteil	-,----	-,----	-,----
InvStG § 5 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 f) gg)	in Doppelbuchstabe aa enthalten ist und auf Einkünfte i.S.d. § 21 Abs.22 S. 4 InvStG entfällt, auf die § 2 Abs. 2 InvStG in der am 20. März 2013 geltenden Fassung i.V.m. § 8b Abs. 1 KStG anzuwenden ist	EUR je Anteil	-,----	-,----	-,----
InvStG § 5 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 f) hh)	in Doppelbuchstabe cc enthalten ist und auf Einkünfte i.S.d. § 21 Abs.22 S. 4 InvStG entfällt, auf die § 2 Abs. 2 InvStG in der am 20. März 2013 geltenden Fassung i.V.m. § 8b Abs. 1 KStG anzuwenden ist	EUR je Anteil	-,----	-,----	-,----
InvStG § 5 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 f) ii)	in Doppelbuchstabe ee enthalten ist und auf Einkünfte i.S.d. § 21 Abs.22 S. 4 InvStG entfällt, auf die § 2 Abs. 2 InvStG in der am 20. März 2013 geltenden Fassung i.V.m. § 8b Abs. 1 KStG anzuwenden ist	EUR je Anteil	-,----	-,----	-,----
InvStG § 5 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 g)	Betrag der Absetzungen für Abnutzung oder Substanzverringerung	EUR je Anteil	0,0000	0,0000	0,0000
InvStG § 5 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 h)	Die im Geschäftsjahr gezahlte Quellensteuer, vermindert um die erstattete Quellensteuer des Geschäftsjahres oder früherer Geschäftsjahre	EUR je Anteil	0,0000	0,0000	0,0000
nachrichtlich	Betrag der nicht abziehbaren Werbungskosten i.S.d. § 3 Abs. 3 Satz 2 Nr. 2 InvStG i.d.F. vom 26. Juni 2013	EUR je Anteil	0,0000	0,0000	0,0000
	Rücknahmepreis 30.09.2014	EUR je Anteil		121,88	

¹⁾ Betrag, der dem Anleger tatsächlich gezahlt oder gutgeschrieben wird.

²⁾ Betrag, der dem Anleger tatsächlich gezahlt oder gutgeschrieben wird, jedoch vor Abzug der ausländischen Quellensteuer.

³⁾ Enthalten sind: Steuerbare Erträge vor Abzug der im Ausland einbehaltenen Quellensteuer. Ausschüttungsgleiche Erträge aus Vorjahren sind nicht enthalten.

⁴⁾ Das Teileinkünfteverfahren gemäß § 3 Nr. 40 Satz 2 EStG ist nicht für Privatanleger anwendbar.

⁵⁾ Veräußerungsgewinne sind für den Privatanleger weiterhin steuerfrei, sofern die Wertpapiere, Termingeschäfte sowie Bezugsrechte auf Freianteile vor 2009 erworben wurden („Alt-Veräußerungsgewinne“). „Neu-Veräußerungsgewinne“ gehören im Privatvermögen zu Einkünften aus Kapitalvermögen und unterliegen der Kapitalertragsteuer.

⁶⁾ Die Berechnung der Kapitalertragsteuer und des Solidaritätszuschlags erfolgt gemäß gesetzlicher Vorgaben auf der Basis der Steuerdaten für Privatanleger. Sämtliche Angaben erfolgen ohne Berücksichtigung der individuellen steuerlichen Situation des Anlegers. Bei Depotverwahrung und rechtzeitiger Vorlage einer NV-Bescheinigung des Finanzamtes oder eines Freistellungsauftrages erfolgt unter bestimmten Voraussetzungen entweder kein Einbehalt von den Steuerabzugsbeträgen oder eine ggf. teilweise Erstattung bereits einbehaltener Steuer. Für die Anrechnung im Rahmen der Steuererklärung sind deshalb die Angaben in der Steuerbescheinigung maßgeblich.

⁷⁾ Die Anrechnung erfolgt gemäß § 34c EStG bzw. § 26 KStG auf den Teil der deutschen Einkommen- bzw. Körperschaftsteuer, der auf die ausländischen Einkünfte entfällt.

Aufgrund des Gesetzes zur Umsetzung des EuGH-Urteils vom 20. Oktober 2011 in der Rechtssache C-284/09 („Streubesitzdividenden“) wird für den Zeitraum ab dem 1. März 2013 anstelle des bisherigen einheitlichen Aktiengewinns ein Aktiengewinn EStG (für betriebliche Anleger im Sinne des § 3 Nr. 40 EStG) sowie ein Aktiengewinn KStG (für körperschaftsteuerpflichtige Anleger) berechnet. Eine Veröffentlichung der beiden Aktiengewinne findet seit dem 1. Juli 2013 statt. Die für den Zeitraum 1. März 2013 bis 30. Juni 2013 berechneten beiden Aktiengewinne werden nachträglich bis spätestens 31. Dezember 2013 auf der Internetseite der DekaBank für die Deka Kapitalverwaltungsgesellschaften unter www.deka.de (Fondsportraits) bzw. www.deka.de/fondspreise sowie in den Wertpapiermitteilungen (WM-Datenservice) veröffentlicht.

Informationen der Verwaltung.

Das DekaBank Depot – Service rund um Ihre Investmentfonds –

Mit dem DekaBank Depot bieten wir Ihnen die kostengünstigste Möglichkeit, verschiedene Investmentfonds Ihrer Wahl in einem einzigen Depot und mit einem Freistellungsauftrag verwahren zu lassen. Hierfür steht Ihnen ein Fondsuniversum von rund 1.000 Fonds des DekaBank-Konzerns und international renommierter Kooperationspartner zur Verfügung. Das Spektrum eignet sich zur Realisierung der unterschiedlichsten Anlagekonzepte. So können Sie zum Vermögensaufbau aus mehreren Alternativen wählen, unter anderem:

- Für Investmentfonds-Anleger, die regelmäßig sparen möchten, eignet sich der individuell zu gestaltende Deka-FondsSparplan ab einer Mindestanlage von 25,- Euro. Im Rahmen eines auf die eigenen Bedürfnisse abgestimmten Deka-Auszahlplans lässt sich das so aufgebaute Vermögen später gezielt nutzen.

- Für den systematischen und flexiblen Vermögensaufbau – insbesondere im Rahmen der privaten Altersvorsorge – können Sie zwischen zwei Varianten wählen:

- Die Deka-BonusRente verbindet die Vorteile einer Investmentanlage mit der staatlichen „Riesterförderung“ zur Schließung der Rentenlücke.

- Der DekaStruktur-VorsorgePlan ist eigens zum Aufbau eines professionell strukturierten Vermögens für private Vorsorgeziele vorgesehen. Zur Vermögensnutzung stimmen Sie auch hier Ihren persönlichen Deka-Auszahlplan auf Ihre individuellen Ziele der Vermögensnutzung ab.

Zum DekaBank Depot gehören vielfältige Inklusivleistungen wie die kostenfreie Wiederanlage von Ertragsausschüttungen.

Im Rahmen unseres Depotservice stehen Ihnen verschiedene Wege für die Auftragserteilung zur Verfügung, wie z. B. per Telefon oder Internet über unsere Internetpräsenz www.deka.de

Auskünfte rund um das DekaBank Depot und Fondsinformationen erhalten Sie über unser Service-Telefon unter der Nummer (0 69) 71 47 - 652.

Ihre Partner in der Sparkassen-Finanzgruppe.

Verwaltungsgesellschaft

Deka International S.A.
5, rue des Labours
1912 Luxembourg,
Luxemburg

Eigenmittel zum 31. Dezember 2013:

gezeichnet	EUR 10,4 Mio.
eingezahlt	EUR 10,4 Mio.
haftend	EUR 78,7 Mio.

Geschäftsführung

Holger Hildebrandt
Direktor der Deka International S.A.,
Luxemburg;
Geschäftsführer der International Fund
Management S.A., Luxemburg;
Geschäftsführendes Verwaltungsrats-
mitglied der Dealis Fund Operations S.A.,
Luxemburg;
Mitglied des Verwaltungsrats der
Deka Immobilien Luxembourg S.A.,
Luxemburg

Eugen Lehnertz
Direktor der Deka International S.A.,
Luxemburg;
Geschäftsführer der International Fund
Management S.A., Luxemburg,
und der
Dealis Fund Operations S.A., Luxemburg

Verwaltungsrat der Verwaltungsgesellschaft

Vorsitzender

Rainer Mach
Geschäftsführendes Verwaltungsrats-
mitglied der DekaBank
Deutsche Girozentrale Luxembourg S.A.,
Luxemburg;
Vorsitzender des Verwaltungsrats der
Deka International S.A., Luxemburg;
und der
International Fund Management S.A.,
Luxemburg;
Mitglied des Aufsichtsrats der
Landesbank Berlin Invest GmbH,
Deutschland

Stellvertretender Vorsitzender

Thomas Ketter
Geschäftsführer der
Deka Investment GmbH,
Frankfurt am Main,
Deutschland
Stellvertretender Vorsitzender des
Verwaltungsrats der
Deka International S.A.,
Luxemburg,
und der
International Fund Management S.A.,
Luxemburg,
und der
Dealis Fund Operations S.A.,
Luxemburg

Mitglied

Holger Knüppe
Leiter Beteiligungen,
DekaBank Deutsche Girozentrale,
Frankfurt am Main,
Deutschland

(Stand 31. Mai 2014)

Verwahr- und Zahlstelle

DekaBank Deutsche Girozentrale
Luxembourg S.A.
38, avenue John F. Kennedy
1855 Luxembourg,
Luxemburg

Eigenmittel zum 31. Dezember 2013

EUR 505,8 Mio.

Réviseur d'entreprises agréé für den Fonds und die Verwaltungsgesellschaft

KPMG Luxembourg S.à r.l.
9, allée Scheffer
2520 Luxembourg,
Luxemburg

Zahl- und Informationsstelle in der Bundesrepublik Deutschland

DekaBank
Deutsche Girozentrale
Mainzer Landstraße 16
60325 Frankfurt am Main,
Deutschland

Vorstehende Angaben werden jeweils
im Jahres- und Halbjahresbericht
aktualisiert.



Deka International S.A.

5, rue des Labours
1912 Luxembourg
Postfach 545
2015 Luxembourg
Luxembourg

Telefon: (+3 52) 3409 - 39
Telefax: (+3 52) 3409 - 22 93
www.deka.lu